

VERÖFFENTLICHUNGEN DER
HAMBURGER GESELLSCHAFT
ZUR FÖRDERUNG DES VERSICHERUNGSWESENS MBH, HAMBURG

Der Versicherungsbedarf der deutschen Wirtschaft nach dem Jahr 2000

Eine Dokumentation über ein Symposium 1./2. Februar 1985

Herausgeber:
Hamburger Gesellschaft
zur Förderung des Versicherungswesens mbH
Abteistraße 15
D-2000 Hamburg 13

DR. JÜRGEN HÜBENER
RECHTSANWALT
2 HAMBURG 13, ABTEISTR. 15
TELEFON: 410 14 60

DER VERSICHERUNGSBEDARF
DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT
NACH DEM JAHR 2000

Eine Dokumentation über ein Symposium 1./2. Februar 1985

INHALTSVERZEICHNIS

Seite

Einführung in das Thema	1
Prof. Dr. D. Farny	

Einflußfaktoren auf die deutsche Wirtschaft nach dem Jahr 2000	5
Dr. M. Miegel	

Kurzfassung der Referate

- R. v. Bennigsen-Foerder	27
- Dr. M. Bierich	33
- Dr. J. Odewald	39
- Dr. U. Weiss	43
- Prof. Dr. G. Wilke	49

Diskussionsergebnisse	53
Prof. Dr. D. Farny	

Anhang:

Liste der Teilnehmer

Einführung in das Thema

Prof. Dr. D. Farny

Institut für Versicherungswissenschaft
an der Universität zu Köln

...

Das Symposium hatte die Aufgabe, Wissen und Meinungen verschiedener Art und Herkunft zusammenzufassen, um Risiken und Versicherungsbedarf der Wirtschaft nach der Jahrtausendwende zu analysieren und strategische Ansatzpunkte zur Lösung der damit verbundenen Fragen zu finden. Sachverhaltsbeschreibungen, Fragestellungen und mögliche Antworten waren nur schwach vorstrukturiert; dadurch sollte die Phantasie gefördert werden, die bei der Entwicklung von Prognosen unentbehrlich ist.

Kurzfassungen der 5 Referate folgen im Anschluß an die Einführung, ebenso die Diskussionsergebnisse wie auch die Vorstudie des Herrn Dr. Meinhard Miegel zum Thema "Einflußfaktoren auf die deutsche Wirtschaft nach dem Jahr 2000".

Der Kreis der Teilnehmer am Symposium umfaßte Personen

- aus der Wirtschaft, insbesondere aus Industrie, Handel und Banken
- aus der Versicherungswirtschaft
- aus der Wissenschaft
- aus der Politik
- von den Medien.

Eine Teilnehmerliste ist als Anhang beigelegt.

Thesen und Fragestellungen gingen von drei Ansatzpunkten aus:

- (1) Die Wirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland ist nach dem Prinzip der sozialen Marktwirtschaft organisiert. Dies bedeutet prinzipielle Entscheidungsautonomie bei den einzelnen Wirtschaftsteilnehmern und Koordinierung dieser Entscheidungen auf Märkten. In der Marktwirtschaft sind die Entscheidungsfolgen prinzipiell ungewiß. Die damit verbundenen Risiken sind grundsätzlich den einzelnen Wirtschaftsteilnehmern zugeordnet. Produzenten und Konsumenten operieren in Risikosituationen, tragen ein eigenes Existenzrisiko und sind zur Bewältigung der Risikolage aufgefordert.

...

- (2) Die Risikolagen erweisen sich im Zeitablauf als zunehmend instabil. Dies kann auch für die weitere Zukunft erwartet werden. Gründe der Instabilität von Risikolagen sind entweder bei den einzelnen Wirtschaftseinheiten intern begründet, etwa in der Industrie durch Änderungen im Produktionsfaktoreinsatz, bei den Produktionsverfahren und den Produkten, oder sie sind extern in der jeweiligen Umwelt begründet, z.B. auf Märkten, in der Gesellschaft, durch staatliche Aktivitäten. Diese spezifische Instabilität erfordert eine vorausschauende Analyse von Risiken und der möglichen Strategien zu ihrer Bewältigung.
- (3) Bewältigung von Risiken im Rahmen genereller Strategien erfolgt unter anderem durch Risikotransfer auf Versicherer. Versicherungsschutz ist somit eines der risikopolitischen Instrumente. Wenn sich Risikolagen in der Marktwirtschaft ändern, müssen auch die Formen des Versicherungsschutzes veränderlich sein, sei es durch Initiative von seiten der anbietenden Versicherer oder durch Initiative der nachfragenden Kunden, insgesamt also in einem marktwirtschaftlichen Prozeß.

Angesichts dieser Ausgangspunkte und Fragestellungen des Symposiums ist ein chronologisches Protokoll nicht möglich. An seine Stelle tritt die Zusammenfassung der Diskussionsergebnisse (S. 23 ff.). Die Ergebnisse sind naturgemäß keine in sich geschlossene Gesamtdarstellung der jeweiligen Probleme, sondern eine Auswahl der von den Teilnehmern als wichtig beurteilten Teilaspekte.

Dr. Meinhard Miegel

Einflußfaktoren
auf die
deutsche Wirtschaft
nach dem Jahr 2000

Stand: 15. Dezember 1984

Diese Studie wurde den Teilnehmern zur
Vorbereitung des Symposiums zur Verfügung gestellt

Gliederung

Vorbemerkung

- 1 Die Entwicklung demographischer Rahmendaten
- 2 Die Entwicklung der schulischen und beruflichen Qualifikation sowie der Information
- 3 Bewußtseins- und Wertewandel
- 4 Die wirtschaftliche Entwicklung der privaten Haushalte - die Verteilung des Bruttosozialprodukts
- 5 Der Einfluß technischen Fortschritts
 - 5.1 Historische Erfahrungen
 - 5.2 Das technische Entwicklungspotential
 - 5.3 Wirtschaftliche und gesellschaftliche Restriktionen
 - Widerstände wegen der ungelösten Verteilungsproblematik
 - Widerstände aus sonstigen Gründen
 - Die Abnahme des internationalen Wettbewerbsdrucks
 - 5.4 Schlußfolgerungen
- 6 Der Einfluß der Außenwirtschaft
 - Die Rationalisierung der Produktion durch verstärkte internationale Arbeitsteilung wird schwieriger
 - Verminderung der Vorteile der Massenproduktion
 - Zunehmende Bedeutung des Dienstleistungsbereichs
- 7 Der Einfluß des Arbeitsmarktes
- 8 Zusammenfassung und Schlußfolgerungen

Vorbemerkung

Nach langen Jahren ausgeprägter Prognosegläubigkeit, die von den vergleichsweise stabilen Entwicklungen in den fünfziger und sechziger Jahren genährt wurde, werden heute Vorhersagen über künftige wirtschaftliche und gesellschaftliche Trends im allgemeinen sehr skeptisch aufgenommen. Zugleich ist der Bedarf nach Hinweisen über Entwicklungen in der Zukunft sprunghaft gestiegen. Noch nie waren Planungs- und Entscheidungshorizonte weiter als heute.

Dies erfordert Prognosen, deren Grenzen deutlich erkennbar sind. Das gilt vor allem für zwei Bereiche: Trendbrüche sind nur absehbar, wenn sie bereits in irgendeiner Weise begonnen haben. Anderenfalls wäre ihre Vorhersage reine Spekulation. Darüber hinaus ist der Weg in die Zukunft der Weg durch ein Minenfeld. Niemand vermag vorherzusagen, ob und wann eine Mine in Form von Kriegen, hochgradig irrationalem Verhalten von Entscheidungsträgern, Banken Krisen usw. berührt wird. Berührungen können jedoch nicht ausgeschlossen werden.

Weiterhin ist bei allen prognostischen Aussagen ein starkes Verlässlichkeitsgefälle zu beachten. Einige Trends sind verhältnismäßig zuverlässig vorhersehbar. Hierzu gehören demographische Entwicklungen, zum Teil aber auch politische Grundtendenzen. Andere Trends sind außerordentlich vage. Beispiele hierfür sind Bewußtseinsänderungen und gesellschaftliche Reaktionsweisen.

Dabei sind gerade letztere für den Wert einer Vorhersage besonders wichtig. Die empfindlichste Schwäche vieler Prognosen war und ist die Vernachlässigung der Tatsache, daß Gesellschaften auf Entwicklungen reagieren und sie dadurch beschleunigen, verlangsamen oder auch in eine neue Richtung lenken. Deshalb muß zumindest der Versuch unternommen werden, auch solche Reaktionen in die Überlegungen einzubeziehen.

1 Die Entwicklung demographischer Rahmendaten

Bis in die siebziger Jahre wurde die wirtschaftliche Entwicklung aller westlichen Industrieländer durch ein starkes Bevölkerungswachstum stimuliert. Dieses Wachstum wird sich überall verlangsamen. In einigen Ländern wird die Bevölkerung stagnieren. In der Bundesrepublik wird sie sogar (weiter) mit zunehmender Geschwindigkeit abnehmen. Insgesamt dürfte dies die wirtschaftliche Entwicklung negativ beeinflussen, d.h. die wirtschaftlichen Wachstumsraten drosseln.

Allerdings wird das Bevölkerungswachstum der Vergangenheit, das gegenwärtig noch durch die anhaltende Zunahme der Zahl der Haushalte simuliert wird, nach dem Jahre 2000 in bescheidenem Umfang durch die Zunahme des alten und die Abnahme des jungen Bevölkerungsteils simuliert werden. In etwa zwanzig Jahren wird sich der Anteil der unter 20jährigen von 25 v.H. auf 20 v.H. und der Anteil der über 60jährigen von 20 v.H. auf 25 v.H. verschoben haben. Der Anteil der 20- bis 60jährigen dürfte mit 55 v.H. relativ konstant bleiben, wobei jedoch die Zahl der über 40jährigen deutlich zu- und die Zahl der unter 40jährigen ebenso deutlich abnehmen wird.

Da der Bedarf alter Menschen höher ist als der Bedarf von Kindern, kann bei einem funktionierenden Verteilungssystem davon ausgegangen werden, daß die (demographisch bedingte) Nachfrage weniger stark zurückgeht, als der Rückgang der Bevölkerung insgesamt erwarten ließe. Umgekehrt wird die abnehmende Zahl von Haushaltsgründungen, wie der Rückgang der Zahl der Haushalte insgesamt das Wirtschaftswachstum beeinträchtigen. Dennoch wird der Rückgang der Bevölkerung um etwa 4 Millionen innerhalb von zwanzig Jahren zunächst keine gravierenden Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum haben.

Anders sind die Wirkungen des längerfristigen Bevölkerungstrends zu beurteilen. Sollte sich die Bevölkerung der Bundesrepublik bis zum

Jahre 2030 um weitere 12 Millionen Menschen auf etwa 45 Millionen Einwohner vermindern, wären Konsequenzen für die wirtschaftliche Entwicklung unvermeidlich. Hieran würden auch Verschiebungen im Altersaufbau kaum etwas ändern.

Betroffen von einer solchen Bevölkerungsentwicklung, für die in den nächsten zehn bis zwanzig Jahren eine Trendänderung nicht zu erwarten ist, ist vor allem der Ausbau von Infrastruktureinrichtungen wie Verkehrswege, Schulen, Krankenhäuser, Sportstätten usw. Noch bestehender Bedarf kann zunehmend durch die abnehmende Beanspruchung vorhandener Einrichtungen befriedigt werden. Das gilt auch für den Wohnungsbau, dem wichtigsten Wachstumsmotor der Vergangenheit. Hier reichen geringe Zuwachsraten bei einer im übrigen intensiven Bestandspflege aus, um die Pro-Kopf-Wohnraumversorgung zügig zu steigern.

Eine kräftige Bevölkerungsabnahme (in fünfzig Jahren dürften auf dem Gebiet der Bundesrepublik noch etwa ebensoviele Menschen leben wie vor fünfzig Jahren), wird auch die Umweltproblematik in einem anderen Licht erscheinen lassen. Mit abnehmender Beanspruchung der Umwelt aufgrund geringerer Besiedlungsdichte wird die Umweltproblematik (unabhängig von den technisch bedingten Änderungen) an politischer Brisanz verlieren. Die Auswirkungen dieser Trendänderung sind sektoral und regional unterschiedlich.

2 Die Entwicklung der schulischen und beruflichen Qualifikation sowie der Information

Die formale schulische und berufliche Bildung wird sich in den nächsten zwanzig Jahren weiter deutlich verbessern. Über 90 v.H. der Erwerbsbevölkerung werden über eine abgeschlossene Berufsausbildung verfügen. Weit mehr als die Hälfte wird eine weiterführende Schule besucht haben. Mindestens ein Viertel wird eine abgeschlos-

...

sene Gymnasialausbildung und etwa jeder siebente eine abgeschlossene Hochschulausbildung vorweisen können.

Ungewiß ist, ob diese formale Bildungsexpansion die materielle Qualifikation der Erwerbsbevölkerung steigern und dadurch positive Entwicklungsimpulse auslösen wird. Bisher hat sich das Bildungssystem in der Bundesrepublik als recht schwerfällig erwiesen. Den sich ändernden Anforderungen von Wirtschaft und Gesellschaft wurde es nur bedingt gerecht. Sollten sich die Anforderungen künftig beschleunigt ändern - eine eher wahrscheinliche Entwicklung -, könnte das Ausbildungssystem, das sich in den nächsten Jahren kaum ändern dürfte, überfordert werden.

Prinzipiell wird das System der schulischen und beruflichen Bildung vor der Herausforderung stehen, zunehmend ausbilden zu müssen, ohne die konkreten Qualifikationsziele zu kennen. Stattdessen wird es Lernbereitschaft, Lerntechniken, Flexibilität, Aufgeschlossenheit und Risikobereitschaft vermitteln müssen. Inwieweit diese Ziele im Blick auf gegenläufige Trends (steigendes Durchschnittsalter, materielle Sättigung, ausgeprägtes Sicherheitsstreben, hedonistische Neigungen) erreicht werden können, ist zweifelhaft. Möglicherweise reicht die formale Bildungsexpansion nur aus, um vorhandene Diskrepanzen zwischen Qualifikation und Anforderungen nicht größer werden zu lassen. Damit wäre die Bildungsexpansion als für die Wirtschaft neutral zu bewerten.

Geringfügig positiver dürfte die Entwicklung des Produktionsfaktors Information zu beurteilen sein. Mit großer Wahrscheinlichkeit wird sich der Trend zu pluraleren und differenzierteren Informationsquellen und Informationen fortsetzen. Aufgrund ihrer höheren Bildung wird die Bevölkerung auch in der Lage sein, Informationen (absolut) besser als bisher zu verarbeiten. Sehr ungewiß ist wiederum die Entwicklung des Verhältnisses von objektiven Anforderungen auf der einen und Informationsfülle, -qualität und -verarbeitung auf

der anderen Seite. Die Erhöhung des absoluten Informationsniveaus muß nicht zwangsläufig das Verhältnis von anwendbarer Information und benötigter Information verbessern.

Die Aufnahme und Umsetzung von Informationen dürfte durch das steigende Durchschnittsalter der Bevölkerung erschwert werden. Das steigende Durchschnittsalter dürfte die Lern- und Informationsbereitschaft der Bevölkerung insgesamt vermindern und partiell zu Informationssperren führen. Mit einem hohen Anteil vergleichsweise alter Erwerbspersonen dürfte tradiertes Wissen länger zur Anwendung kommen, als dies vom objektiven Stand der Wissenschaft geboten und für die Wirtschaft wünschenswert ist. Ein weiterer Faktor, der die Vorbereitung und Anwendung neuen Wissens und neuer Informationen erschweren dürfte, dürfte die noch wachsende Informationsfülle sein. Die Auswahl und Ordnung von Informationen wird künftig nicht nur eine gesellschaftlich bedeutsame Aufgabe sein, sondern auch den einzelnen zunehmend beanspruchen.

3 Bewußtseins- und Wertewandel

Unter dem Stichwort Bewußtseins- und Wertewandel verbergen sich höchst unterschiedliche Erscheinungen und Trends. Hierzu gehören Veränderungen im Verhältnis zur Arbeit, zur Freizeit, zu Autoritäten, zu Ordnungsstrukturen, zu materiellen und immateriellen Motivationen, zu wissenschaftlichem und technischem Fortschritt usw. Die empirischen Befunde sind bislang wenig ergiebig und zum Teil widersprüchlich. Die Wissenschaft ist im Blick auf die Wirkungen dieser Veränderungen zerstritten. Dies ist ein Bereich, in dem sich in den kommenden zwanzig Jahren folgenreiche Trendänderungen vollziehen könnten. Konkretisierbar sind diese Trendänderungen bisher jedoch kaum.

Ganz allgemein kann nur festgestellt werden, daß schon heute etwa ein Viertel der erwachsenen Bevölkerung aktiv an den Entscheidungen beteiligt sein möchte, wenn diese auch nur mittelbar ihren Arbeits- und Lebensbereich betreffen. Dieser Anteil wird in Zukunft weiter zunehmen. Objektiv ist dieser Personenkreis häufig zu qualifizierter Beteiligung in der Lage. Insoweit ist eine Abflachung des Führungsgefälles zu beobachten.

Aufgrund dieser Entwicklung wird die Konsensbildung schwieriger und zunehmend unmöglich. Immer häufiger werden widersprüchliche politische und wirtschaftliche Konzepte kompetent zum Ausdruck gebracht und zur Entscheidung gestellt werden. Politisches und wirtschaftliches Handeln wird verstärkt von einer kritischen Öffentlichkeit verfolgt werden. Die Folge hiervon ist eine weitere Zunahme des Führungsaufwandes bis hin zur Überforderung von Führung.

Im betrieblichen Bereich dürfte der Trend zu größerer Selbständigkeit bei hoher Geborgenheit zunehmen. Zahlreiche Anzeichen deuten darauf hin, daß die Erwerbsbevölkerung künftig in kleineren überschaubaren Produktionseinheiten tätig sein möchte, wo sie relativ große Gestaltungsräume hat. Ob dieser Trend im Ergebnis zu einer Erhöhung der Selbständigenquote führen wird, ist allerdings noch nicht absehbar. Vermutlich wird jedoch die Arbeitsmotivation schwieriger. Die Arbeitskraft der Zukunft wird voraussichtlich deutlich anspruchsvoller sein als heute.

Die Wirkungen, die diese Veränderungen auf die wirtschaftliche Entwicklung haben könnten, sind ambivalent. Einerseits könnten in einer aufgeschlossenen, engagierten und kritischen Erwerbsbevölkerung erhebliche Wirkpotentiale freigesetzt werden. Kreativität und Innovationsbereitschaft könnten steigen. Andererseits könnte ein sinnvolles Zusammenwirken verschiedener Handlungsbereiche soweit erschwert werden, daß mögliche wirtschaftliche Entwicklungen unterbleiben. Sowohl für den einen als auch für den anderen Trend gibt es Anhaltspunkte.

4 Die wirtschaftliche Entwicklung der privaten Haushalte -
die Verteilung des Bruttosozialprodukts

Ein wesentliches Datum für die Wirtschaft nach dem Jahre 2000 ist die Verteilung des Bruttosozialprodukts und die Entwicklung der Einkommen und Vermögen der privaten Haushalte.

In bezug auf die Verteilungsfrage war in der Vergangenheit ein gewisses Pulsieren zu beobachten, das auch künftig anhalten wird. So floß in den sechziger Jahren das Bruttosozialprodukt in der Bundesrepublik stärker in Richtung Unternehmensgewinne und Investitionen. In den siebziger Jahren wurde hingegen die Einkommens- und Vermögensentwicklung der privaten Haushalte favorisiert. Inzwischen ist wieder eine gewisse Umkehr des Trends festzustellen. An welchem Punkt sich der Verteilungszyklus zu Beginn des nächsten Jahrhunderts befinden wird, ist nicht zu sagen. Für die Annahme tiefgreifender Veränderungen der gegenwärtigen Verteilungsmodi gibt es jedoch keinen Grund. Lediglich die Staatsquote (ohne Sozialbereich) könnte aufgrund des abnehmenden Infrastrukturbedarfs langfristig rückläufig sein. Dies wird jedoch entscheidend von der Konstitution des Arbeitsmarktes abhängen (vgl. Ziffern 5 und 7).

Besonders bedeutsam für die wirtschaftliche Entwicklung der Bevölkerung ist die Entwicklung ihrer individuellen Einkommen und Vermögen. Nachdem sich Einkommen und Vermögen seit 1950 pro Kopf real versiebenfacht haben (einschließlich der Versorgungsansprüche), werden sie sich auch in Zukunft weiter erhöhen. Das gilt vor allem für die absoluten Einkommens- und Vermögenssteigerungen. Bei einem Wachstum des Bruttosozialprodukts von nur 1,2 v.H. real dürfte das Pro-Kopf-Einkommen von reichlich DM 18.500 auf annähernd DM 23.000 bis Ende der neunziger Jahre (im Geldwert von heute) steigen.

Der reale Wert der privaten Vermögen dürfte sich von reichlich DM 5,5 Billionen auf rund DM 7,5 Billionen erhöhen. Dabei dürften

...

die liquiden Vermögensbestandteile (Geld) besonders zügig zunehmen. Im statistischen Durchschnitt dürften die privaten Vermögen gegenüber heute um reichlich ein Drittel pro Kopf von knapp DM 100.000 auf reichlich DM 130.000 (ohne Versorgungsansprüche) steigen.

Die bisherige Wirkung dieser Einkommens- und Vermögensentwicklung war eine Abnahme der wirtschaftlichen Motivation wachsender Bevölkerungskreise. Gerade die wirtschaftlich Aktiveren erklären zunehmend, sie hätten ihre privaten wirtschaftlichen Ziele erreicht. Ein erheblicher Teil der Selbständigen und des gehobenen Managements ist inzwischen für materielle Leistungsanreize abnehmend empfänglich. In dieser Schicht besteht der ausgeprägte Wunsch, das materiell Erreichte zu sichern und im Übrigen mehr Muße zu finden. Sollte sich diese Haltung entsprechend der weiteren Einkommens- und Vermögenszuwächse weiter ausbreiten, dürfte sie nach dem Jahre 2000 die wirtschaftliche Entwicklung spürbar bremsen.

5 Der Einfluß technischen Fortschritts

5.1 Historische Erfahrungen

Der seit etwa 200 Jahren rasch voranschreitende technische Fortschritt hat insgesamt den Lebensstandard außerordentlich erhöht und zugleich die Wirtschaftsstruktur und -organisation stark verändert. Aufgrund des technischen Fortschritts wanderten große Teile der Erwerbsbevölkerung innerhalb der zurückliegenden zwei Jahrhunderte von der Urproduktion (Landwirtschaft, Bergbau und anderes) über die industrielle Fertigung in den Dienstleistungsbereich und hier wiederum in Sektoren mit niedrigem Produktivitätsanstieg wie Wissenschaft, Kunst, Kultur, soziale Dienste und ähnliches. Hierdurch wurde der Arbeitsmarkt tiefgreifend verändert.

Der technische Fortschritt bewirkte aber auch eine ständige Umwertung der Ressourcen. Nicht nur Arbeit und Kapital, sondern auch natürliche Ressourcen änderten fortlaufend ihren Stellenwert mit teilweise weitreichenden Konsequenzen. Dabei war vor allem in den zurückliegenden dreißig Jahren das Tempo der technischen Entwicklung sehr hoch.

Durch technischen Fortschritt entstanden neue Produkte und neue Produktionsverfahren. Während erstere zumeist wachstumsstimulierend wirkten, erhöhten letztere vor allem die Produktivität, ohne zwangsläufig Wachstumsschübe auszulösen. Im Verhältnis von Produkt- und Prozeßinnovationen dominierten in der Regel die Prozeßinnovationen mit der Folge eines relativ abnehmenden Ressourceneinsatzes. Dies war besonders für den Arbeitsmarkt bedeutsam.

Nicht zuletzt aufgrund der technischen Entwicklung lag in der Bundesrepublik der Produktivitätsfortschritt (im Mittel der Konjunkturzyklen) während der zurückliegenden dreißig Jahre stets über den wirtschaftlichen Wachstumsraten. Dies ermöglichte (bei gegebener Demographie) eine zügige Verminderung der Arbeitsmenge.

5.2 Das technische Entwicklungspotential

Für die Zeit bis 2000 und danach sind Änderungen des bisherigen Trends nicht zu erwarten. Vielmehr werden Produkt- und Prozeßinnovationen Wirtschaft und Gesellschaft rasch weiter verändern, wobei Prozeßinnovationen wie bisher im Vordergrund stehen dürften. Das stellt das gesellschaftliche Verteilungssystem vor schwierige, bisher ungelöste Aufgaben.

Das erkennbare technische Entwicklungspotential ist erheblich. An der Spitze stehen die Mikroelektronik, gefolgt von der Datentechnik in der Fertigung und im Büro. Diese Techniken werden nach allgemeiner Auffassung nahezu alle Wirtschaftsbereiche sowie die privaten

Haushalte und den Freizeitbereich erfassen. Den Innovationen im Bereich der Biotechnik, Biochemie, Pharmakologie, Energiegewinnung, Werkstoffentwicklung sowie des Meeresbergbaus werden hingegen bislang nur bereichsspezifische und daher begrenzte Wirkungen zuerkannt.

Weitgehend unstrittig ist, daß spätestens um die Jahrhundertwende in den meisten Technikbereichen substantielle Weiterentwicklungen und zum Teil auch technische Sprünge möglich sein werden. Vor allem im Bereich der industriellen Fertigung könnten technische Neuerungen zur weitgehenden Automatisierung führen. Damit könnte sich in diesem Bereich die Entwicklung in der Landwirtschaft wiederholen, die unter anderem innerhalb von hundert Jahren die Zahl der dort Beschäftigten auf ein Zehntel verminderte. Aber auch im Dienstleistungsbereich sind vor allem aufgrund der Fortschritte in der Kommunikations- und Bürotechnik nachhaltige Veränderungen möglich.

5.3 Wirtschaftliche und gesellschaftliche Restriktionen

Noch schwieriger als die Abschätzung technischer Potentiale ist die Abschätzung möglicher ökonomischer und gesellschaftlicher Restriktionen, die die Realisierung technischer Potentiale verzögern oder verhindern bzw. zu Trendverschiebungen und Trendbrüchen führen können. Derartige Restriktionen dürften in Zukunft recht bedeutsam sein. Besonders hervorzuheben sind:

- Widerstände wegen der ungelösten Verteilungsproblematik

Der technische Fortschritt hat generell das Arbeitsvolumen vermindert. Hieran wird (und soll) sich auch in Zukunft nichts ändern. Zugleich ist die Verteilung des Bruttosozialproduktes zum größten Teil unmittelbar oder kraft Fiktion über die Beteiligung der Bevölkerung am Arbeitsmarkt organisiert. Daraus folgt: Entweder wird der Arbeitsmarkt so gestaltet, daß alle

...

Erwerbswilligen durch ihre Beschäftigung am Bruttosozialprodukt beteiligt werden oder die Beteiligung am Bruttosozialprodukt wird stärker vom Arbeitsmarkt abgekoppelt. Entscheidungen sind hier bisher nicht gefallen. Daraus könnten Widerstände gegen Prozeßinnovationen erwachsen, die die Arbeitsmenge vermindern und dadurch die Teilnahme am Bruttosozialprodukt erschweren.

- Widerstände aus sonstigen Gründen

Die demographischen Daten, der vorhandene und voraussichtlich weiter steigende materielle Wohlstand sowie die Bewußtseins- und Werteentwicklung scheinen für eine zügige Verwirklichung des Potentials technischer Neuerungen wenig günstig. Die gesellschaftlichen Strukturen Westeuropas und namentlich der Bundesrepublik geben vergleichsweise wenig Raum für dynamische Entwicklungen. Sie sind mehr auf Konservierung und Stabilisierung eingestellt.

- Die Abnahme des internationalen Wettbewerbsdrucks

Absehbare Widerstände gegen technische Innovationen könnten dem Druck des internationalen Wettbewerbs weichen. Dies ist gegenwärtig der Fall. Ungewiß ist jedoch, ob dieser Wettbewerbsdruck auch noch in zwanzig Jahren unverändert stark sein wird. Zumindest bei den derzeit wichtigsten wirtschaftlichen Herausforderern der Bundesrepublik, den USA und Japan, sind seit einiger Zeit ähnliche Trends zu beobachten wie in Westeuropa, d.h. auch dort ändern sich demographische und sonstige Daten in der skizzierten Richtung. Wie stark diese Trends inzwischen geworden sind, wird sich zutreffender in der nächsten Rezession einschätzen lassen.

5.4 Schlußfolgerungen

Das vorhandene technische Entwicklungspotential wird Wirtschaft und Gesellschaft innerhalb der nächsten zwanzig Jahre erheblich verändern. Allerdings werden die Veränderungen deutlich geringer sein, als dies (technisch) möglich wäre. Die Bedingungen von Wirtschaft und Gesellschaft werden die Umsetzung des technischen Potentials spürbar verlangsamen und modifizieren. Insgesamt dürften die Strukturen von Wirtschaft und Gesellschaft auch noch in zwanzig Jahren große Ähnlichkeit mit den gegenwärtigen Strukturen haben.

Der umfassendste technisch bedingte Wandel dürfte die beschleunigt abnehmende Abhängigkeit von traditionellen Ressourcen wie Energie, Rohstoffen, Arbeit und eventuell auch Kapital sein bei einem gleichzeitigen Bedeutungszuwachs von organisatorischen Fähigkeiten, rationalen Fertigungstechniken, marktgerechter Distribution und nicht zuletzt schöpferischer Intelligenz.

Überproportional dürfte sich die Investitionstätigkeit der Wirtschaft entwickeln, wobei die Umsetzung von Prozeßinnovationen herausragende Bedeutung haben dürfte. Unterproportional dürfte hingegen der Trend der Staatsquote verlaufen, wenn einmal von speziellen Aufgaben wie dem Investitionsbedarf im Postbereich abgesehen wird (vgl. Ziffer 1). Allenfalls proportionale Entwicklungen sind schließlich beim (inländischen) privaten Verbrauch zu erwarten. Voraussetzung hierfür ist jedoch die Bereitstellung neuer interessanter Produkte. Ohne sie dürfte die private Konsumquote sinken.

6. Der Einfluß der Außenwirtschaft

Welche Rolle die Außenwirtschaft für die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik nach dem Jahre 2000 spielen wird, ist schwer absehbar. Nach herrschender Auffassung werden die interna-

tionale Arbeitsteilung und die außenwirtschaftliche Verflechtung der Bundesrepublik auch in den kommenden Jahrzehnten weiter zunehmen und die Exportquote um die Jahrhundertwende auf über 40 v.H. treiben.

Für diese Auffassung gibt es gute Gründe, die im wesentlichen in der bisherigen historischen Erfahrung wurzeln. Umgekehrt ist aber gerade in diesem Bereich, ähnlich wie bei Bewußtsein und "Werten" (vgl. Ziffer 3) ein Trendbruch nicht auszuschließen. Künftig könnten sich Art und Umfang der internationalen Arbeitsteilung durchaus grundlegend verändern.

Internationale Arbeitsteilung fand bisher ganz überwiegend im Bereich der Warenproduktion statt. Aufgrund der technischen Entwicklung erscheint es jedoch möglich, daß diese Arbeitsteilung zumindest für die Industrieländer an Attraktivität verliert, weil viele Güter, die bisher besonders kostengünstig in Drittländern produziert wurden, nunmehr auch in den Industrieländern wieder wettbewerbsfähig hergestellt werden können. Damit könnte sich die internationale Arbeitsteilung mehr in den Bereich von Forschung und Entwicklung verlagern, einen Bereich, in dem sich viele (weniger entwickelte) Länder kaum beteiligen könnten.

Aber selbst wenn die Trendänderung nicht ganz so weit gehen sollte, wäre insbesondere zwischen den Industrieländern eine (relative) Stagnation der Außenwirtschaft möglich. Hierfür sprechen vor allem drei Gründe:

- Die Rationalisierung der Produktion durch verstärkte internationale Arbeitsteilung wird schwieriger

Die zwischen den Industrieländern bereits bestehende Arbeitsteilung hat einen erheblichen Teil möglicher Rationalisierungserfolge ausgeschöpft. Die weitere Rationalisierung der Produktion durch verstärkte internationale Arbeitsteilung wird dadurch schwieriger.

- Verminderung der Vorteile der Massenproduktion

Der technische Fortschritt ermöglicht häufig flexiblere Produktionsprozesse. Damit vermindern sich die Vorteile der Massenproduktion. Auch verhältnismäßig kleine Mengen können künftig (national) kostengünstig hergestellt werden. Das gilt zumindest für mittlere Märkte wie den der Bundesrepublik.

- Zunehmende Bedeutung des Dienstleistungsbereichs

In den Volkswirtschaften der Industrieländer wird die Bedeutung des Dienstleistungsbereichs weiter zunehmen. Der Dienstleistungsbereich spielt jedoch im internationalen Handel mit knapp 20 v.H. nur eine untergeordnete Rolle. Hieran dürfte sich auch im Laufe der nächsten Jahre nur wenig ändern, da die Bereitschaft zur Liberalisierung des Austauschs von Dienstleistungen gering ist, und sie ohne eine dauerhafte Lösung der Arbeitsmarktproblematik in absehbarer Zeit kaum zunehmen wird. Hinzu kommt, daß viele Dienstleistungen für den internationalen Handel nicht geeignet sind, und darüber hinaus über den Nutzen eines verstärkten Austauschs von Dienstleistungen - anders als bei Gütern - kein Konsens besteht.

Anders als bei den Industrieländern wird sich die außenwirtschaftliche Verflechtung entwickelter Schwellenländer erheblich verstärken. Vor allem Länder in derselben Region wie Südostasien oder Lateinamerika werden ihren Außenhandel kräftig ausweiten. Sie werden künftig eine ähnliche Entwicklung durchlaufen wie die klassischen Industrieländer in den fünfziger und sechziger Jahren, als die Zuwachsraten des Außenhandels weit über den wirtschaftlichen Wachstumsraten lagen.

Da nicht davon ausgegangen werden kann, daß die Bundesrepublik (oder andere klassische Industrieländer) proportional an dieser Entwicklung beteiligt sein werden, wird ihr Anteil am Welthandel (gegenwärtig reichlich 10 v.H.) deutlich sinken. Dieser Trend ist in einer sich wirtschaftlich entwickelnden Welt ein normaler Vorgang.

7 Der Einfluß des Arbeitsmarktes

In den Ziffern 3 und 5.3 wurde bereits auf Probleme des Arbeitsmarktes hingewiesen. Während unter quantitativen Aspekten auch über das Jahr 2000 hinaus kaum wachstumshemmende Einflüsse vom Arbeitsmarkt zu erwarten sein werden, dürften qualifikationsbedingte Engpässe nicht immer zu vermeiden sein und aufgrund der sich rasch wandelnden differenzierten und spezialisierten Aufgaben möglicherweise sogar zunehmen.

Insgesamt wird jedoch die Bedeutung des Faktors Arbeit für die Wirtschaft abnehmen. Dieser Prozeß könnte sich bei ungebretem Produktivitätsfortschritt sogar vergleichsweise rasch vollziehen. Voraussetzung hierfür wäre die Schaffung wirksamer Verteilungssysteme, die einen Teil der Funktionen des heutigen Arbeitsmarktes übernehmen könnten (vgl. Ziffer 5.3).

Unabhängig hiervon wird die Flexibilität des Arbeitsmarktes, bezogen auf Branchen, Tarifgebiete, Betriebe, berufliche Qualifikationen und individuelle Arbeitskräfte zunehmen (müssen). Allerdings wird die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes voraussichtlich nicht in der gebotenen Geschwindigkeit erfolgen. Erhaltungssubventionen, offene oder verdeckte Beschäftigungsprogramme, Rationalisierungshemmnisse und ähnliches werden auch in zwanzig Jahren noch den Wirtschaftsablauf beeinflussen.

...

Dies gilt umso mehr, wenn auch dann die inzwischen als chronisch anzusehende Arbeitslosigkeit nicht vollständig überwunden sein sollte. Die gegenwärtige Arbeitsmarktproblematik entwickelt sich zunehmend zu einem (psycho-politischen) Wachstumshemmnis. Auch wenn diese Entwicklung unter wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten widersinnig ist, muß sie ernstgenommen werden. Ihre Spuren könnten auch nach der Jahrhundertwende noch sichtbar sein. Diese Gefahr wird zur Zeit unterschätzt.

8 Zusammenfassung und Schlußfolgerungen

Vorbehaltlich extremer Entwicklungen, die nicht ganz unwahrscheinlich sind, die jedoch weder identifiziert noch terminiert werden können, kann für die Zeit bis zum Jahre 2000 und danach von einer weiteren Zunahme der wirtschaftlichen Aktivitäten in der Bundesrepublik ausgegangen werden. Allerdings wird die Mehrzahl der Einflußfaktoren die weitere wirtschaftliche Expansion im Vergleich zu früheren Jahrzehnten dämpfen. Visionen wie "Vor uns der Abgrund" oder "Vor uns ein goldenes Zeitalter" sind gleichermaßen unrealistisch. Insgesamt ist ein kontinuierliches, moderates Wachstum zu erwarten.

Vor allem der relative Zuwachs dürfte, wie in der Vergangenheit, weiter abflachen. Zumindest gibt es derzeit keinen Anhaltspunkt für eine Änderung des inzwischen 35jährigen Trends. Bei Fortschreibung dieses Trends ist in den kommenden zwanzig Jahren durchschnittlich ein reales relatives Wachstum von etwa 1,2 v.H. jährlich zu erwarten. Da in dieser Zeit die Bevölkerung abnehmen wird, würde dies ein Pro-Kopf-Wachstum von 1,7 v.H. bedeuten.

Mit einer Rate von 1,2 v.H. wäre das relative Wachstum bis 2005 nur noch knapp halb so groß wie in den zurückliegenden zwanzig Jahren (2,8 v.H. p.a.). Das relative Pro-Kopf-Wachstum läge bei dieser An-

nahme um ein Drittel niedriger als in der Vergangenheit. Völlig unverändert blieben hingegen die absoluten Pro-Kopf-Zuwachsraten.

Erhöhte sich das Bruttosozialprodukt von 1965 bis 1985 um insgesamt knapp DM 12.000 pro Kopf der Wohnbevölkerung, so wäre bei einem 1,2prozentigem Durchschnittswachstum bis 2005 ebenfalls ein absolutes Pro-Kopf-Wachstum von etwa DM 12.000 (im Geldwert von heute) zu verzeichnen. Das Bruttosozialprodukt der Bundesrepublik würde sich bei dieser Annahme um rund DM 500 Milliarden von DM 1,83 Billionen auf DM 2,33 Billionen im Jahre 2005 erhöhen. Das wäre ein Anstieg von 27 v.H. In den zurückliegenden zwanzig Jahren erhöhte es sich bei einer kräftig expandierenden Bevölkerung um DM 750 Milliarden (70 v.H.).

Im Gegensatz zur Vergangenheit dürfte die Bevölkerungsentwicklung (Demographie, Qualifikation, Bewußtsein, Motivation) sowie das bereits erreichte Wohlstandsniveau die wirtschaftliche Entwicklung eher drosseln. Von der Außenwirtschaft dürften allenfalls moderate Impulse ausgehen. Recht kräftige Anstöße sind hingegen von der technischen Entwicklung zu erwarten. Der technische Fortschritt wird in den nächsten zwanzig Jahren die entscheidende Triebfeder der wirtschaftlichen Entwicklung sein. Hierdurch unterscheiden sich die künftigen Rahmenbedingungen von Wirtschaft und Gesellschaft deutlich von den Rahmenbedingungen der fünfziger bis siebziger Jahre.

Die absehbare Folge dieser Akzentverschiebung ist eine überproportionale Zunahme der Investitionstätigkeit der deutschen Wirtschaft, wobei besonders die Branchen im Bereich neuer Technologien profitieren werden. Die Konsumgüterindustrie wird hingegen (bei schrumpfender Bevölkerung) nach dem Jahre 2000 absolut möglicherweise kaum größer sein als heute, d.h. relativ an Bedeutung verlieren. Weiter zunehmen wird demgegenüber das Gewicht des tertiären Sektors, obgleich auch hier den Expansionsmöglichkeiten Grenzen gezogen sind.

Diese Verschiebungen stellen die Politik vor erhebliche Herausforderungen. Eine ihrer schwierigsten Aufgaben wird es sein, eine möglicherweise wachsende Diskrepanz zwischen Produktivitätsfortschritt und Wirtschaftswachstum zu überbrücken bzw. tragende wirtschafts- und gesellschaftspolitische Strukturen wie die sozialen Sicherungssysteme tiefgreifend zu ändern. Dabei wird unterstellt, daß diese Aufgaben innerhalb einer freiheitlichen Demokratie mit einer sozial-marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung zu lösen sein werden. In bezug auf die politische Grundordnung wird keine Trendänderung erwartet.

Kurzfassung des Referates
von
Herrn R. v. Bennigsen-Foerder
Vorsitzender des Vorstandes
der
VEBA AG

In der Energiewirtschaft ist eine Prognose der Entwicklung bis zum Jahre 2000 trotz aller Unwägbarkeiten notwendig, weil die Versorgung auch langfristig sichergestellt werden muß. Für die Elektrizitätswirtschaft ist die Versorgungspflicht gesetzlich vorgeschrieben. Bei einer durchschnittlichen Realisierungszeit von 10 Jahren für Großinvestitionen ist Vorausplanung unabdingbar.

Die allgemeine Situation ist dadurch gekennzeichnet, daß von 1979 bis 1984 der Energieverbrauch von 410 Mio. t Steinkohleeinheiten auf 380 Mio. t zurückging, die Schätzungen für den Bedarf im Jahre 2000 jedoch zwischen 350 und 450 Mio. t variieren. Die Schwankungsbreite von 100 Mio. t wird durch 3 Faktoren bestimmt:

1. durch die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung,
2. durch das Bestreben, den Energiebedarf in geringerem Maße zu steigern als den Zuwachs des Bruttosozialproduktes,
3. durch die Energiepolitik, die ihrerseits wiederum durch gesellschafts- und umweltpolitische Strömungen sowie Fragen der internationalen Wettbewerbsfähigkeit bestimmt wird.

Der Mineralölverbrauch ist gegenüber 1979 um 30 %, die Raffineriekapazität in demselben Zeitraum um 50 % gesunken.

Die Situation der einzelnen Energieträger in der Bundesrepublik Deutschland ist die folgende:

Die Kapazität der Steinkohlegewinnung ist von 90 Mio. auf 80 Mio. t reduziert worden.

Der Steinkohlenabsatz wird durch 4 Faktoren beeinflusst:

1. durch die schwierige Position der deutschen Stahlindustrie,

...

2. durch die Frage, wie lange und in welchem Umfang Steinkohle noch zur Stromerzeugung benötigt wird,
3. durch den zunehmenden Einsatz von Erdgas auf dem Wärmemarkt,
4. durch die ungünstige Exportsituation der deutschen Steinkohle.

Zusätzlich spielt die Frage eine Rolle, inwieweit die Nutzung der Steinkohle die Umwelt belastet.

Hinsichtlich Qualität und Umfang wird die Koks- und Kalkkohle allerdings durch den Weltmarkt kaum zu ersetzen sein. Sie wird jedoch auf Dauer subventionsbedürftig bleiben.

Die Braunkohle, zunächst als Alternative zur Kernenergie angesehen, hat erhebliche Kostenprobleme durch Entschwefelung, Entstickung und Grundwasserfolgewirkungen.

Der Bau weiterer Kernkraftwerke ist wirtschaftlich vernünftig und notwendig. Der dort erzeugte Strom ist im Gegensatz zu allen anderen Erzeugungsarten preisstabil. Allerdings wird mit Kernkraftstrom vornehmlich der mit Absatzrisiken belastete Grundlastbereich bedient. Zudem ist der Bau neuer Kernkraftwerke z. Zt. trotz wachsender Akzeptanz durch die Bevölkerung aufgrund der parteilichen Zusammensetzung der politischen Entscheidungsgremien mancherorts kaum durchsetzbar. Ferner ist die Frage völlig ungeklärt, welche Folgen die ins Auge gefaßte unbeschränkte Gefährdungshaftung für den Betrieb von Kernkraftwerken haben wird.

Eine Prognose über die Entwicklung des Rohöls ist ausgeschlossen. Die Unwägbarkeiten sind zu groß. Mit einer erneuten Verknappung des Rohöls muß jedoch gerechnet werden. Die Nordsee-Produktion wird ab 1990 rückläufig sein. Die Ressourcen Norwegens liegen geographisch ungünstig, ihre Förderung wird teuer werden. In Ölalternativen, wie Kohleveredlung oder Nutzung von Schwerölsand, wird rückläufig investiert, obwohl eine Fortentwicklung in diesem Bereich notwendig ist.

Gleichwohl wird Erdöl weiterhin der größte Einzelposten in der Energiebilanz und in bestimmten Bereichen ein unersetzbares Produkt bleiben.

Der Anteil des Erdgases wird von 16 auf 20 % steigen, vornehmlich am Wärmemarkt. Dieser Energieträger ist wegen der Leitungsgebundenheit und der geringen Speicherkapazität jedoch eher störanfällig.

Alternativenergien werden in absehbarer Zeit keine Rolle spielen.

Die Problematik der Versicherung zukünftiger Energieinvestitionen ist vornehmlich dadurch gekennzeichnet, daß in erheblichem Maße seitens der Energiewirtschaft Investitionen zur Begrenzung des Risikos vorgenommen werden, ohne daß der Versicherungsmarkt diese Kosten adäquat honoriert.

Kurzfassung des Referates

von

Herrn Dr. M. Bierich

Vorsitzender der Geschäftsführung
der
Robert Bosch GmbH

Aus der Sicht der Investitionsgüterindustrie ergeben sich eine Reihe von Wünschen an die Assekuranz, die ich wie folgt kennzeichnen möchte:

- Intensivierung des Erfahrungsaustausches über neue produktrelevante Risiken zwischen Industrie und Assekuranz;
- Verbesserung des technischen Verständnisses für unternehmens- und produktspezifische Besonderheiten;
- gemeinsame Entwicklung von Schadenverhütungsmaßnahmen und deren angemessene Honorierung;
- risikogerechte Vertragskonzepte, industriegerechte Versicherungsbedingungen;
- Verbesserung der Zeichnungsbereitschaft bei schwierigen Risiken, stärkere Beteiligung des Versicherten an diesen Risiken;
- bessere Aufklärung der Öffentlichkeit einschließlich der Politiker zur Verhinderung nicht notwendiger Überreaktionen auf Schäden.

Die technologische Entwicklung der Investitionsgüterindustrie wird durch 3 Tendenzen maßgeblich bestimmt:

Die Entwicklung zu größeren und komplexeren Einheiten schreitet fort. Verbunden damit ist eine zunehmende Internationalisierung.

Im Zuge der Ersetzung des Produktionsfaktors Arbeit durch den Faktor Kapital wird die Elektronik verstärkt eingesetzt (bis hin zu umfassenden Steuerungssystemen für Produktions- und Verteilungsanlagen). Die Störfähigkeit eines solchen Systems bewirkt eine Erhöhung des Risikopotentials nach Umfang und betragsmäßiger Höhe.

In der Bürotechnik mindert sich durch die Kombination der Computer- mit der Kommunikationstechnik der Einfluß manueller Arbeit mit der Folge eines erhöhten Risikos durch die geringere Eingriffsmöglichkeit.

Neuer Versicherungsbedarf erwächst nicht nur aus der Änderung der Produkte, sondern auch aus ihrer Verwendung und der Änderung ihrer Produktion. Beispiele: Labore und Fabriken im Weltraum, Datenübertragung via Satellit, Bio- und Gentechnologie, Strahlungsrisiken. Gefordert ist hier insbesondere eine adäquate Deckung des Entwicklungsrisikos.

Die Rahmenbedingungen ändern sich auch aufgrund einer verschärften Haftungssituation und eines wachsenden Risikobewußtseins der Bevölkerung. Der Trend geht zur Verschärfung der Produzentenhaftung. Diese Entwicklung erfordert ein gemeinsam abgestimmtes Vorgehen von Industrie und Assekuranz.

Eine Emotionalisierung der Probleme ist zu beobachten.

Die Konzentration der Investitionsgüterindustrie führt zur Kumulation von Risiken und schafft größeren, internationalen Versicherungsbedarf. Die Rationalisierung etwa der Lagerhaltung führt dazu, daß Störungen sogleich Auswirkungen für Hersteller oder Zulieferer mit sich bringen.

Ein neuer Bedarf nach Unterbrechungsversicherung entsteht durch die modernen EDV-Steuerungstechniken, die rund um die Uhr wartungsfrei funktionieren müssen.

Die Komplexität der neuen Anlagen bedingt neben der Vergrößerung der Versicherungskapazität auch eine Vergrößerung des technischen Know-how seitens der Assekuranz. Eine technisch versierte Beratung durch den Versicherer, d.h. ein Risk Management bereits in der Planungsphase, ist wünschenswert. Die Beratung hierzu sollte durch den Versicherer über die traditionellen Themen Brandschutz, Einbruchsicherung usw. auf andere Bereiche ausgedehnt werden und jede Vorsorgemaßnahme sollte sich stärker als bisher auf die Prämien auswirken.

...

Der Informationsaustausch zwischen Industrie und Versicherungsunternehmen über den Einsatz neuer Produktionstechniken und den sich daraus ergebenden Risiken ist auch für eine schnelle Anpassung der Versicherung an die sich wechselnden Gegebenheiten notwendig; das erfordert ein erhöhtes technisches Verständnis seitens der Assekuranz. Eine höhere Flexibilität der Versicherer bei der Einordnung unterschiedlicher Risiken und sich daraus ergebendem unterschiedlichen Versicherungsbedarf wäre wünschenswert (z.B. höhere Selbstbehalte in der Feuer-, FBU- oder Maschinen-Versicherung etc.).

Die Datentechnik schafft neuen Versicherungsbedarf zur Abdeckung der Risiken des Informationsverlustes und des Computermißbrauches und der Folgen eines Ausfalles der Anlage.

Notwendig ist eine Zusammenarbeit von Industrie und Assekuranz bei der Entwicklung neuer Normen, die unter Wahrung der berechtigten Interessen der Verbraucher das wirtschaftliche Risiko in vernünftigen Grenzen halten. Dies gilt für die Produzentenhaftung genauso wie für die Umweltschutzhaftung. Mangelnde Abstimmung wie z.B. bei der Erstellung des EG-Richtlinienentwurfes für die Produzentenhaftung sollte sich nicht wiederholen. Die Uausgewogenheit der Rückrufkosten-Versicherung zwischen Prämie und Leistung ist ein weiteres negatives Beispiel.

Für die Umweltschutzrisiken müssen neue Versicherungsmodelle entwickelt werden. Die Gewässerschadenhaftpflicht und die Umweltmodelle zur Absicherung latent vorhandener, aber erst jetzt aufgrund neuer Meßtechniken entdeckter Umweltschäden reichen nicht aus. Die Altlasten und die Großrisiken, die von Bohrinselfn, Pipelines und anderen Großtechniken für die Umwelt ausgehen, sind derzeit nur ungenügend erfaßt. Als Beispiele sind Bhopal und Seveso zu nennen.

Kurzfassung des Referates

von

Herrn Dr. J. Odewald

stellv. Vorsitzender des Vorstandes
der
Kaufhof AG

Die Zukunft des Einzelhandels wird maßgeblich durch das Bevölkerungswachstum sowie durch die Entwicklung des Individualverkehrs bestimmt. Beides bestimmt Größe und Wahl des Standortes. Da sich die Zahl der zugelassenen KFZ zukünftig noch erhöhen wird, könnte sich der Standorttrend von den Zentren der Städte an die Peripherie fortsetzen.

Aufgrund einer zunehmenden Marktsättigung wird der Bedarf der Bevölkerung an materiellen Gütern geringer werden. Eine sinnvolle Freizeitgestaltung wird demgegenüber in der Zukunft einen höheren Wert haben. Dadurch vergrößert sich im Einzelhandel die Nachfrage nach Dienstleistungen.

Im Übrigen könnte sich der Warengüterbereich wie folgt entwickeln: Eine überdurchschnittliche Nachfragesteigerung wird im Bereich Haus und Einrichtung, Körperpflege und hochwertige Gebrauchsgüter, insbesondere Unterhaltungselektronik und Kommunikationssysteme, stattfinden. Der Nahrungs- und Genussmittelbereich wird sich bei Grundnahrungsmitteln unterproportional, bei den dem Gesundheitsbereich zuzurechnenden Nahrungsmitteln überproportional steigern.

Ändern werden sich die Absatztechniken im Zuge der Entwicklung zur Informationsgesellschaft. Die elektronischen Informationssysteme gewinnen an Einfluß. Dies führt zu der Möglichkeit, Grundnahrungsmittel und -produkte nicht mehr im Laden, sondern über BTX als Fernbestellung mit Lieferung ins Haus zu kaufen. Ein Anteil des so abgewickelten Einkaufes von einem Drittel im Jahre 2015 ist vielleicht zu hoch angesetzt, in der Tendenz jedoch zutreffend. Denkbar sind auch neue Einkaufsmethoden wie die in den USA bereits praktizierte Warenvermittlung ausschließlich mittels Telefon, Computer und Warenversendung.

Von dieser Entwicklung werden die Kapazitäten des Einzelhandels und besonders deren Immobilien in Citylagen betroffen. Die dortigen Verkaufsflächen müssen umgewidmet werden, und zwar fort von dem kompletten Angebot unter einem Dach hin zum fachspezifischen Angebot.

Die Preistransparenz wird durch die Elektronik größer, so daß Gewinne weniger aus geschickter Kalkulation als aus der Beherrschung der Kostenstrukturen erwirtschaftet werden müssen.

Der Anteil der Verbrauchermärkte und SB-Warenhäuser sowie der Versandhäuser wird leicht ansteigen; an Bedeutung gewinnen werden auch die Fachmärkte wie Baumärkte, Gartencenter etc. Die Warenhäuser können sich durch eine Spezialisierung Wettbewerbsvorteile erwerben. Neue Betriebsformen werden entwickelt werden müssen. Dabei wird es darauf ankommen, die Immobilien der Kaufhäuser optimal zu nutzen. Maßgeblich wird in Zukunft weniger der Einkaufsvorteil als vielmehr die Standort-, Bedarfs- und Zielgruppenanalyse sein. Verlierer dieser Entwicklung werden Betriebseinheiten mit einem Umsatz unter 1 Mio. DM sein, weil sie weder über günstige Beschaffungskonditionen noch über ein besonderes Marketing und Serviceangebot verfügen.

Die Beschaffungsmärkte Hongkong, Korea und Taiwan werden erhalten bleiben. Hingegen dürfte Japan in der Zukunft durch größere Steigerungen der Kosten aus dem Markt ausscheiden. Rotchina könnte nach einem Know-how-Transfer ebenso wie Indien als Beschaffungsland an Bedeutung gewinnen und im Nahbereich die Türkei.

Der Versicherungsbedarf des Einzelhandels wird mit dem Angebot von Dienstleistungen, den medialen Verkauf und der zunehmenden Verwendung der elektronischen Datenverarbeitung steigen.

Kurzfassung des Referates

von

Herrn Dr. U. Weiss

Mitglied des Vorstandes

der

Deutsche Bank AG

Für das Verhältnis zwischen Banken und Versicherungen stellt sich die grundsätzliche Frage für die Zukunft, ob die Arbeitsteilung wie bisher beibehalten, durch neue Formen der Kooperation ersetzt bzw. ergänzt wird oder statt dessen ein Wettbewerb begonnen werden soll.

Die Ausgangslage läßt sich so zusammenfassen, daß Versicherer im Prinzip Risiken bündeln und verteilen und damit eine Solidaritätsgemeinschaft schaffen, während Banken Kapital sammeln und es ausleihen. Abweichungen von diesen Prinzipien finden sich auf der Versicherungsseite z.B. in Form des Kapitallebensversicherungsvertrages, bei dem das versicherte Risiko mit einem Kapitalansammlungsvertrag kombiniert wird, oder auf der Bankenseite etwa bei internationalen Geschäften, wie beim Anlagenexport, wo sich die Hauptfunktion der Banken bei einer Reihe von Ländern von der Bereitstellung der Liquidität eher zur Übernahme des jeweiligen Länderrisikos entwickelt hat.

Trotz solcher Überschneidungen ist das Geschäft der Banken und der Versicherer überwiegend komplementär, und zwar sowohl das Privat- als auch das Firmen-Kundengeschäft.

Die zukünftige Nachfrageentwicklung nach Dienstleistungen wird sowohl für die Banken als auch für die Versicherungen durch neuere Tendenzen geprägt.

Im Privatkundengeschäft werden vier Faktoren eine Rolle spielen: die Versorgungslücke der Altersversorgung, neue und erweiterte Bedarfe in Bereichen des täglichen Lebens, Mentalitätsveränderungen und gesteigertes Informationsbedürfnis in Verbindung mit stärkerem Selbstbewußtsein der Konsumenten.

Eine Versorgungslücke zeichnet sich sowohl in der Rentenversicherung als auch in der Kranken- und Pflegeversicherung ab. Die demographische Entwicklung macht eine Finanzierung zunehmend schwieriger, so daß sich ein Eignervorsorgebedarf zusätzlicher Art abzeichnet.

Daneben läßt sich als ein Beispiel höheren Lebensstandards die Entwicklung zur wertvolleren Ausstattung und Einrichtung von Wohnungen aufführen; der Übergang von der extensiven Nachkriegs-Wiederaufbauphase zur "intensiven" Phase bringt eine neue Dimension für die Hausratversicherung mit sich.

Eine Mentalitätsveränderung dürfte aufgrund der Notwendigkeit eigener Vorsorge eintreten, indem die Menschen wieder risikobewußter leben und handeln werden. Schließlich erfahren wir täglich, daß die Menschen informationsbewußter werden. Dies drückt sich z.B. bei den Kreditinstituten in dem Wunsch nach größtmöglicher Transparenz der Allgemeinen Geschäftsbedingungen aus.

Im Firmenkundengeschäft können Veränderungen durch aufwendigere und kompliziertere Technik, aus dem Bereich der betrieblichen Altersversorgung und aus dem internationalen Geschäft eintreten.

Die Finanzierung modernster Technik erfordert ein umfassendes Risk Management und ausreichende Versicherungskapazität. In der betrieblichen Altersversorgung ist zu fragen, ob die Finanzierung allein durch innerbetriebliche Rückstellungen ausreichend gewährleistet ist oder ob eine außerbetriebliche Ansammlung der Deckungsmittel - oder eines Teils - Vorteile bietet.

Im Bereich des Auslandsgeschäftes gibt es großen ungedeckten Sicherungsbedarf sowohl für das Transfer-Risiko als auch für das Währungsrisiko. Letzteres kann an den Terminmärkten nur unzureichend, weil zeitlich begrenzt, abgesichert werden. Die wesentliche Frage ist, welche Rolle hier die Assekuranz übernehmen könnte. Die Projektfinanzierung großer Rohstoff- und Energievorhaben basiert im wesentlichen auf der sog. Self-liquidating-Fähigkeit des Projektes. Die Assekuranz könnte in solchen Fällen über die Versicherung der force-majeure-Risiken hinaus eine technische Detailversicherung anbieten oder sich an dem politischen Risiko beteiligen. Daneben könnte überlegt werden, ob Versicherer sich nicht an der Finanzierung solcher Projekte beteiligen könnten. (Die Konditionen sind attraktiver als im klassischen Euro-Konsortialgeschäft.)

Der steigenden Nachfrageentwicklung nach Finanzdienstleistungen im weiteren Sinne könnten Banken und Versicherungen gemeinsam begegnen, indem sie bisher bewährte Kopplungsprodukte wie etwa mit Versicherungen verbundene Persönliche Darlehen und Baufinanzierungsgeschäfte oder mit Versicherungen kombinierte Einlagen weiterentwickeln und neue Produkte kreieren.

Die Rolle der Bank als Nachfrager von Versicherungsleistungen wird sich im klassischen Bereich der Bankenversicherung kaum ändern. Neue Risiken bilden sich jedoch durch den vermehrten Einsatz der Daten- und Kommunikationstechnik, der von der Verarbeitung der Zahlungsvorgänge im on-line-system bis zum Electronic Banking, bei dem auch der Kundenkontakt über EDV erfolgt, reicht. Eine neue weitere Risikodimension kommt durch die Plastikkarten in das Bankgeschäft. Während das Eurocheque-System noch verhältnismäßig sicher ist, weil dort die zwei Medien Karte und Scheck zusammenwirken müssen, ermöglicht die Plastikkarte mit Magnetstreifen schon die Verfügung über Werte mittels nur eines Instruments. Ganz neu ist nun die elektronisch mit Guthaben ladbare Chipkarte, die - mit einem Mikroprozessor ausgestattet - nicht nur die Verfügung über Werte erlaubt, sondern bereits selbst einen Wertträger darstellt.

Banken gehen zunehmend dazu über, statt des Abschlusses von Versicherungsverträgen eigenes Risk Management zu betreiben. Als Beispiel seien die hohen Investitionen in die Systemsicherheit und in den Schutz der Dateien vor unberechtigtem Zugriff genannt, aber auch die Vorbereitung einer kompletten Neuemission von Reiseschecks für den Extremfall einer größeren Totalfälschung.

Die Gestaltung des künftigen Verhältnisses zwischen Banken und Versicherungen könnte insbesondere durch eine Analyse betriebswirtschaftlicher Gemeinsamkeiten und der Wettbewerbssituation im Banken- und Versicherungsmarkt entscheidend mitgeprägt werden. Insbesondere im Privatkundengeschäft trägt nur ein kleiner Teil der Kunden zu einem sehr großen Teil des Ergebnisses bei, während das Geschäft mit dem überwiegenden Teil der Kunden entweder ausgeglichen oder verlustbringend verläuft. Hier gilt es, die Vertriebsstrategie stärker unter dem Aspekt der Trennung in System- und Individualverkauf zu untersuchen.

Neben dem Wettbewerb zwischen einzelnen Instituten und starkem Gruppenwettbewerb zwischen den öffentlich-rechtlichen, genossenschaftlichen und privaten Banken bzw. Versicherungen existiert ein immer stärker werdender "Verbundwettbewerb" von öffentlich-rechtlichen und genossenschaftlichen Kreditinstituten und Versicherungen, dem im privaten Bereich keine entsprechend geschlossene Strategie gegenübersteht. Dadurch könnten die Marktanteile auch der privaten Versicherer, die insbesondere im Privatkundengeschäft und im Vergleich zu den niedrigeren Marktanteilen der privaten Banken noch außerordentlich hoch sind, auf Dauer gefährdet werden.

Von den drei Verhaltensalternativen - "weitermachen wie bisher, Wettbewerb oder Kooperation" - scheint die letzte für Banken und Versicherungen am erfolgversprechensten.

Angesichts des im Einzelhandel, bei Banken und Versicherern feststellbaren Trends zum umfassenden "Financial Service" wird die bisherige Arbeitsteilung hier und da in Frage gestellt. Andererseits ist nicht zu erwarten, daß die Gründung von Versicherungsgesellschaften durch Banken und umgekehrt zu einer Verbesserung der Marktsituation führen wird. Die vernünftiger Alternative dürfte eher in einer Kooperation der privatrechtlich organisierten Banken und Versicherungen bestehen. Die Gleichheit der Märkte und die komplementären Produktpaletten und Vertriebsorganisationen beider Unternehmensgruppen sprechen eher für eine auf Synergieeffekte abzielende Kooperation, denn für den kostenträchtigen Aufbau neuer Produktpaletten für Märkte, die im wesentlichen bereits besetzt sind.

Kurzfassung des Referates

von

Herrn Prof. Dr. G. Wilke

Institutsdirektor
des
Max-Planck-Instituts für
Kohleforschung

Aus der Vielfalt der chemischen Elemente und Verbindungen soll die zukünftige Bedeutung des Wasserstoffs und des Kohlenstoffs in ausgewählter Weise betrachtet werden. Der Betrachtungszeitraum wird dabei bis zum Jahre 2050 ausgedehnt.

Vorausgeschickt sei, daß Kohle, Erdöl und Kernenergie den Höhepunkt ihrer weltweiten Verwendung als Primärenergieträger noch nicht erreicht haben.

Der Wasserstoff ist ein Sekundärenergieträger, zu seiner Gewinnung bedarf es der Primärenergien wie der Sonnenenergie, der Energie aus fossilen Brennstoffen, der geothermischen Energie, der Kernenergie etc.

Die Energiekapazität des Wasserstoffs pro Volumen hängt von seinem Aggregatzustand ab. Gasförmig bei 200 Atm. ergeben sich 0,55 kWh/l, flüssig bei 20 Grad K 2,1 kWh/l. Größere Kapazitäten sind in Form eines chemischen Speichers zu erreichen. In einem solchen Speicher wird der Wasserstoff vorübergehend an andere chemische Komponenten gebunden. So gibt es Niedertemperaturspeicher, die den Wasserstoff bei niedrigen Temperaturen relativ leicht wieder abgeben; wirkungsvoller ist jedoch ein Hochtemperaturspeicher, das Magnesium-Hydrid. Im Volumen von 1 l Magnesium-Hydrid sind ca. 150 g Wasserstoff enthalten, d.h. 4,2 kWh/l. Zwar ist die Energiedichte eines solchen Speichers immer noch erheblich geringer als die des Benzins 9 kWh/l. Indessen wird dies durch andere günstige Eigenschaften wieder ausgeglichen.

Vorteilhafte Nebenerscheinungen des Magnesium-Hydrid-Speicherverfahrens sind die Reinigung des Wasserstoffs und seine leichte Transportierbarkeit. Magnesium-Hydrid kann als Tankfüllung für ein wasserstoffgetriebenes Auto verwandt werden. Mit Hilfe der heißen Abgase wird der Tank aufgeheizt, dabei der Wasserstoff entbunden und zugleich ein Teil der Abgasenergie wiederum gespeichert. Das nach Abgabe des Wasserstoffs im Tank verbleibende Magnesium läßt sich mittels z.B. durch Elektrolyse gewonnenen Wasserstoffs wieder in Magnesium-Hydrid verwandeln; bei diesem chemischen Vorgang wird Wärme frei, die z.B. zur Heizung eines Hauses nutzbar ist. Die

...

bei der Verbrennung von Benzin entstehenden Gase Kohlendioxid, Kohlenmonoxid fallen bei der Verbrennung von Wasserstoff nicht an, vielmehr nur Wasser neben kleinen Mengen von Stickoxiden. Ein "Wasserstoffauto" ist umweltfreundlich.

Diese Wasserstofftechnologie ist vorläufig noch nicht finanzierbar, wird jedoch im nächsten Jahrhundert große Bedeutung erlangen.

Neben der Anwendungsmöglichkeit von Wasserstoff als Treibstoff wird Wasserstoff noch in zahlreichen weiteren technischen Prozessen benötigt, so zur Herstellung von Kohlenwasserstoffen (= Benzin) durch Hydrierung von Kohle bzw. Kohlenoxid sowie zur Herstellung von Methanol aus Kohlenoxid und Wasserstoff und vielen anderem mehr.

Die Bedeutung des Kohlenstoffs als Primärenergieträger wird anhand des Blickes auf die zur Verfügung stehenden Reserven deutlich: 700 Mrd. t Steinkohleeinheiten an Kohle (76 %) stehen 125 Mrd. t Steinkohleeinheiten Erdöl (14 %) sowie 85 Mrd. t Steinkohleeinheiten Erdgas (10 %) gegenüber. Beachtet man, daß Erdöl auch der Grundstoff der chemischen Industrie ist, wird deutlich, wie sehr ein Ersatz des Brennstoffs Erdöl notwendig ist. Die Alternativen liegen in Ölsanden, Teerölen und besonders in der Kohlehydrierung bzw. der Fischer-Tropsch-Synthese. Die Kosten des Kohle-Benzins sind z.Z. jedoch etwa 2,5-fach höher als die des Mineralölbenzins. Noch sind diese Alternativen unwirtschaftlich, dennoch gibt es keinen Zweifel darüber, daß die Zukunft dem Wasserstoff und dem Kohlenstoff als Basis alter und neuer Technologien gehört.

Diskussionsergebnisse

Prof. Dr. D. Farny

Institut für Versicherungswissenschaft
an der Universität zu Köln

I Grundannahmen eines Szenariums "nach 2000"

- 1 Läßt man extrem pessimistische oder optimistische Annahmen außer Betracht, dann unterscheiden sich die wichtigsten Strukturmerkmale in Gesellschaft und Wirtschaft auch in den nächsten 20 Jahren nicht grundsätzlich von den heute gegebenen. Auch die Erfahrung, daß Prognosen mit bestimmtem Inhalt Verhaltensänderungen der Wirtschaftsteilnehmer erzeugen können, reicht für die Annahme struktureller Mutationen nicht aus.
- 2 Auszugehen ist von den bekannten Prognosen über Größe und Struktur der deutschen Wohnbevölkerung, die einen Rückgang der Bevölkerungszahlen und ein wachsendes Durchschnittsalter der Menschen vorhersagen. Ein starker Imigrationszug durch rückläufige deutsche Bevölkerung ist nicht zu erwarten, weil ein größerer Bedarf an zusätzlichen Arbeitskräften nicht sichtbar ist.
- 3 Die veränderte Altersstruktur der Bevölkerung läßt gewisse Änderungen im Verhalten der Bürger erwarten. Der durchschnittliche Bürger in Deutschland ist nach dem Jahr 2000 recht alt und wohlhabend, d.h. mit realem und nominellem Vermögen gut ausgestattet, was zu spezifischen Einstellungen, Interessenlagen, Prioritäten, darüber hinaus zu abnehmender Anpassungsfähigkeit führt.
- 4 Es kann mit einer konstanten Erwerbsquote in der Bevölkerung gerechnet werden. Allerdings werden voraussichtlich nicht alle erwerbsfähigen und -willigen Personen tatsächlich vom Arbeitsmarkt aufgenommen. Der bisherige Trend, arbeitsfähige Menschen vom Arbeitsmarkt zu eliminieren, etwa durch längere Ausbildungszeiten, früheren Übergang in den Ruhestand, stößt an eine obere Grenze. Weder die periodische noch die Lebensarbeitszeit lassen sich beliebig verkürzen.

- 5 Es kann damit gerechnet werden, daß das bisher zu beobachtende konstante Wachstum des realen Pro-Kopf-Sozialprodukts bzw. Pro-Kopf-Volkseinkommens weiter anhält, besonders wegen weiterer Produktivitätssteigerungen als Folge des technischen Fortschritts in der Güterproduktion. In der Investitionsgüterindustrie sind höhere Wachstumsraten zu erwarten als in der Konsumgüterindustrie.
- 6 Die Verteilung von Sozialprodukt und Volkseinkommen erfolgt in wachsendem Ausmaß nicht mehr marktwirtschaftlich über Arbeits- und Kapitalmärkte, sondern über Transfersysteme. Grenzen solcher Umverteilungen werden immer deutlicher sichtbar, zusätzliche Umverteilungen gefährden die Marktwirtschaft.
- 7 Ein weiterer Wertewandel steht bevor. Er hat nicht nur gesellschaftliche Ursachen, sondern ist auch die Folge der geänderten Altersstruktur der Bevölkerung. Immaterielle Güter gewinnen gegenüber den materiellen Gütern an Wert. Das Sein wird gegenüber dem Haben zunehmend wichtiger. Alle Freizeitgüter werden zunehmend begehrt: Ruhe, Erholung, Sport, Spiele, Reisen, kulturelle Güter, Informationen. Kreative Freizeittätigkeit wird höher eingeschätzt.
- 8 Das Verhalten der Menschen gegenüber den Phänomenen Risiko und Sicherheit ist mehrdeutig. Generell ist mit einem Anhalten einer "Vollkaskomentalität" zu rechnen, d.h. mit einem ausgeprägten Streben nach Absicherung gegen Risiken durch fremdbestimmte staatliche Sicherungssysteme und selbstbestimmte privatwirtschaftliche Sicherungssysteme. Die Akzeptanz von Risiken hängt von Schadenerfahrungen der Bevölkerung ab: Häufige Schäden mit kleinem Schadensausmaß werden eher akzeptiert als extrem seltene Schäden mit sehr großem Ausmaß, im letzten Fall besonders dann, wenn der Durchschnittsbürger Risikoursachen und Schadensausmaße intellektuell nicht identifizieren kann, sie also als "unheimlich" beurteilt; Risikoeinstellungen sind in solchen Fällen stark emotional bestimmt, wie etwa bei Atom- und Umweltrisiken. Die Risikoeinstellungen der Bürger werden deutlich von den Reaktionen in

Gesetzgebung und Rechtsprechung sowie von Darstellung und Bewertung von Risiken und Schäden in den Medien beeinflusst.

II Risiken und Versicherungsbedarf nach 2000

- 1 Die Risiken und der ihnen entsprechende Versicherungsbedarf entwickeln sich voraussichtlich evolutionär, mutative Änderungen sind die Ausnahme. Die Probleme liegen weniger im Bereich der kleinen und häufigen Schäden, die verstärkt durch Selbstversicherung gedeckt oder nicht versichert werden, sondern mehr im Bereich der Großschäden. Die Risikodeterminanten werden verstärkt durch Gesetzgebung, Rechtsprechung und durch Darstellung und Wertung in den Medien beeinflusst.
- 2 Als besonders risikoexponierte Wirtschaftszweige können die Energiewirtschaft, die chemische Industrie und die Bio-Industrie (Gentechnik) sowie alle Systeme angesehen werden, in denen technische Entwicklungen und Investitionen auf sehr lange Zeiträume angelegt sind.

Problematische Schadenarten sind vor allem die Umweltschäden, also die Verschmutzung von Luft, Wasser und Boden; Risiken entstehen hier nicht nur aus den objektiven Sachverhalten, sondern auch aus der Unklarheit und Wechselhaftigkeit der gesetzlichen und behördlichen Maßnahmen. Weitere problematische Schadenarten kommen aus der Informationstechnik, also aus Datenbeständen, -verarbeitungen und -übertragungen, nicht zuletzt im Zusammenhang mit dem "elektronischen Geschäftsverkehr". Besondere Schadenarten sind im Bereich der Kredit- und Vertrauensgewährung (Betrug, Unterschlagung) zu erwarten, im letzten Falle auch im Zusammenhang mit der Verbreitung von "Plastikgeld". Schließlich erfordern die Schadenarten im Zusammenhang mit Weltraum- und Meerestechnik besondere Aufmerksamkeit.

Zusätzlich zu den klassischen Schadenursachen sind für die mittlere Zukunft gesellschaftliche Reaktionen unterschiedlicher Intensität wegen der Nichtakzeptanz von Neuerungen zu erwarten. Dies wird sich als Folge auch auf Gesetzgebung und Rechtsprechung auswirken.

Schließlich ist es bei Einzelrisiken mit sehr hohen Schadenpotentialen für die Beurteilung der Probleme gleichgültig, ob einzelne große und komplexe technische Anlagen von Schäden betroffen werden oder ob es sich um Kumulierung vieler Einzelschäden aus einer Ursache handelt. Eine gewisse Abmilderung des Großschadenpotentials ergibt sich möglicherweise aus der zunehmenden Verbreitung der vorwiegend in kleinen und mittelgroßen Betrieben stattfindenden sog. high-technology-Produktion.

- 3 Ein außergewöhnlich gefährliches Sonderrisiko bildet die wachsende Störanfälligkeit von Produktionsprozessen, insbesondere durch Betriebsunterbrechungen aus allen möglichen Ursachen. Die Empfindlichkeit der Logistik, etwa bei Energieleitungen, anderen Verkehrsströmen, bei Datentransporten und bei der Güterverteilung im Handel, schafft Großschadenpotentiale, in denen bei Störungen der Logistik Unterbrechungen vieler Betriebe eintreten. Dieses Risiko wird dadurch gefördert, daß eine verfeinerte Logistik den Abbau der Lagerbestände in der Wirtschaft ermöglicht; dadurch sinken möglicherweise die Risiken aus Gütervorräten, aber die Empfindlichkeit gegenüber Unterbrechungen nimmt stark zu.
- 4 Ein bis in das nächste Jahrhundert hineinreichendes Sonderproblem bilden die Haftpflichtrisiken aus Produktionsprozessen und aus Produkten, wobei Sach- und Personenschadenpotentiale zusammentreffen können. Die Risikoproblematik ist hier weniger sachlich aus einer zunehmenden Gefährlichkeit der Sachverhalte begründet, sondern mehr durch den Trend einer verschärften Gesetzgebung und Rechtsprechung in Haftpflichtsachen: Die Haftung für bestimmte Schäden wird dem Grunde nach verschärft, insbesondere durch Anwendung der Gefährdungs- oder

...

Erfolgshaftung, gleichzeitig wird die Haftpflicht der Höhe nach entlimitiert (wogegen früher die Verschärfung der Haftung meist mit Limitierungen der Haftpflichthöhe verbunden war).

- 5 Unklare Entwicklungslinien gelten im Hinblick auf die Durchgriffshaftung von Konzernobergesellschaften für Schäden ihrer Tochterunternehmen. Hier werden unter Umständen rechtliche Vorsorgemaßnahmen, wie etwa die haftungsrechtliche Separierung besonders risikogeneigter Investitionen und Aktivitäten, nachträglich zunichte gemacht. Der Vorgang um das Bhopal-Unglück in Indien zeigt, daß möglicherweise hier sogar grenzüberschreitende Durchgriffshaftungen durch die Rechtsprechung konstruiert werden.
- 6 Eine letzte außergewöhnliche Risikoperspektive ist die wachsende Bedeutung zeitlich gedehnter Schadenprozesse mit einer langen Zeitspanne zwischen erster Ursachensetzung und letzter Schadenauswirkung. In solchen Fällen ist häufig die sachliche, personale und rechtliche Zuordnung der Haftung erschwert, wenn der ursprüngliche Schadenverursacher (physisch oder juristisch) nicht mehr existiert. Die bekanntgewordenen Fälle von Bodenverschmutzung lassen die Größenordnung und Problematik dieser Schäden erst erahnen.

III Unternehmerische Risiken und Versicherungsbedarf

Es gilt als gesichertes Erkenntnis, daß unternehmerische Risiken nicht versicherbar sind, weil sie nicht geschätzt werden können und nicht gegen eine feste Prämie ausgetauscht werden, sondern durch das Äquivalent der Gewinnchance abgegolten werden. Unternehmerische Risiken sind insbesondere mit der technisch-ökonomischen Entwicklung neuer Produkte und Produktionsverfahren sowie deren Verwertung am Markt verbunden; sie sind häufig einmaliger Natur.

Die Grenzen zwischen den versicherbaren Einzelrisiken und den nicht versicherbaren unternehmerischen Risiken verwischen zunehmend, weil technische Risiken aus der Entwicklung von Produkten und Verfahren sowie Marktrisiken aus der Verwertung ineinander überfließen. Dennoch wird auch in Zukunft das Prinzip erhalten bleiben: Für unternehmerische Risiken gibt es keinen Versicherungsschutz, weil eine solche Versicherung als Gegenleistung die Gewinnchance fordern müßte. Die unternehmerische Funktion in der Marktwirtschaft kann und soll nicht auf die Versicherungswirtschaft (ebensowenig auf die Kreditwirtschaft) übertragen werden, weil dies nicht deren Aufgabe ist.

IV Versicherungskapazität, Grenzen der Versicherbarkeit

- 1 Die Frage der Versicherbarkeit, also der Verfügbarkeit von Versicherungskapazitäten bei den Versicherern, ist primär eine Marktfrage. In der Marktwirtschaft sind Risiken versicherbar, für die der Versicherer auf der Grundlage seiner Informationen eine Preisforderung entwickeln kann, die der Versicherungsnehmer bereit und fähig ist zu zahlen. Arten und Mengen von Versicherungskapazitäten sind deshalb in erster Linie eine Preisfrage.
- 2 Im Vorfeld dieses Preiskalküls gibt es einige reale Bedingungen für die Versicherbarkeit, deren Grenzen schwer festzulegen sind, wie etwa die Verfügbarkeit von Informationen über die zu versichernden Risiken (Häufigkeit und Größe von Schäden), von Risikoausgleichstechniken, ferner die Unabhängigkeit der Einzelrisiken zum Ausschluß von Schadenkumulierungen aus einer Ursache. Einige zukünftige Risiken erfüllen diese Bedingungen nur schwach, besonders wegen der (noch) vorhandenen Ungewißheit über Schadensgrößen und Schadenkumuls.
- 3 Die Versicherungskapazitäten für Risiken der Zukunft haben außer einer quantitativen eine wichtige qualitative Dimension, die insbesondere durch die Fähigkeiten der Versicherungsmitarbeiter bestimmt

...

ist. Die quantitativen Kapazitäten für Risiken müssen vielfach von den großen und kleinen Versicherer auf nationalen und internationalen Märkten zusammengefaßt werden.

- 4 Ein Sonderproblem bietet die Versicherungskapazität für unbegrenzte Haftpflichtrisiken. Unbegrenzte Deckungen sind derzeit für Haftpflichtrisiken nicht üblich, aber der Trend zu hohen und wachsenden Deckungssummen ist unverkennbar. De facto ist also in einigen Bereichen eine Versicherung auch sehr hoher Haftpflichtschäden möglich.

V Neue Versicherungstechniken?

- 1 Die heute praktizierte Versicherungstechnik ist die Übernahme von Risiken gegen tendenziell feste Prämien und der Ausgleich der Risiken im Kollektiv des Versicherungsbestandes und in der Zeit. Dadurch werden die Risikowirkungen insgesamt gemindert. Versicherung setzt die Ruinwahrscheinlichkeit der versicherten Wirtschaftseinheiten herab, ohne gleichzeitig die Ruinwahrscheinlichkeit der Versicherer in gleichem Ausmaß zu erhöhen. Diese Verfahrenstechnik des Risikoausgleichs ist auch die Grundlage des Versicherungsgeschäftes in der Zukunft. Versicherer können Risiken anderer Wirtschaftseinheiten nur übernehmen, wenn sie dadurch nicht selbst in eine erhöhte Ruinwahrscheinlichkeit geraten. Außer den Ausgleichstechniken hängt die Sicherheit der Versicherer wesentlich von der Ausstattung mit Sicherheitskapital (Risikoreserven) ab, deren Bildung von der Rentabilität des Versicherungsgeschäftes und der Gewinnbesteuerung bestimmt wird.
- 2 Eine Leistungssteigerung der Versicherungstechnik wird möglicherweise durch das Prinzip der Gegenseitigkeitsversicherung mit Umlageverfahren für die Schäden oder durch andere Formen variabler Prämien erzielt. Variable Prämien in Abhängigkeit von den Schadenverläufen erhöhen die Bereitschaft der Versicherer zur Risikoübernahme, weil ungünstige Schadenerfahrungen zu Prämienkorrekturen führen. Auf der an-

...

deren Seite ist die Risikobeseitigung für den Versicherungsnehmer graduell schwächer, weil er sein Risiko nicht gegen Zahlung eines festen Betrages, sondern gegen eine in ihrer endgültigen Höhe nach nicht genau bestimmte Prämie abgibt. Ähnliche Effekte ergeben sich, wenn der Versicherer die Schäden nicht endgültig übernimmt, sondern sie auf lange Zeit finanziert, d.h. die Schadenzahlungen von einem Versicherungsnehmer oder einer Gruppe von Versicherungsnehmern in mehreren Folgejahren nach dem Schaden ganz oder teilweise durch Prämieinnahmen zurückerlöst.

- 3 Die Versicherung von Risiken durch Bildung von Pools, Fonds oder ähnliche kollektive Maßnahmen auf nationaler oder internationaler Basis nimmt zu, besonders bei der Versicherung neuer, unbekannter oder großschadengeneigter Risiken. Solche Techniken schaffen Versicherungskapazitäten durch Sammlung vieler kleiner Einzelkapazitäten, wie die deutschen Beispiele der Versicherung von Atomrisiken, Luftfahrt- und Pharmarisiken zeigen. Häufig sind die Pools die Folge strenger und hoher Haftpflicht für Drittschäden.

Pools und Fonds sind in der Marktwirtschaft nicht unbedenklich, wenn sie ihre Monopolstellung ausnutzen oder wenn sie zur Subventionierung schwacher Poolmitglieder führen. Sie unterliegen insoweit einer gleichen kritischen Bewertung wie Konkursicherungsfonds oder andere kollektive Risikominderungsmaßnahmen in der Marktwirtschaft.

Pools- und Fondslösungen sind marktwirtschaftlich auch dann für Versicherer und Versicherungskunden nicht ganz ohne Bedenken, wenn sich der Staat an ihnen beteiligt oder beteiligen muß, weil die Kapazität der internationalen Versicherungswirtschaft zur Versicherungsschutzgewährung nicht ausreicht.

- 4 Die Entwicklung der Versicherungstechniken hängt auch von der Anwendung anderer risikopolitischer Instrumente ab. Die Bedeutung der Schadenverhütungsmaßnahmen nimmt weiter zu, ebenso die Bereitstellung realer Reserven anstelle von Versicherungsschutz, etwa in Form von back-up-Zentren für den Fall von Störungen der Wirtschaftsprozesse.

VI Die Versicherung langfristiger Schadenprozesse

- 1 Die Finanzierung von zeitlich gedehnten Risiko- und Schadenprozessen, bei denen zwischen der Ursachensetzung und den Schadenauswirkungen lange Zeiträume liegen, ist ein bedeutendes Problem der nächsten Jahrzehnte. Beispiele sind die allmählich entstehenden Umweltschäden (typisch die Waldschäden), bestimmte Gesundheitsschäden (z.B. die Asbestose-Krankheiten), das Pfliegerisiko nach Krankheit und im Alter.

- 2 Das marktwirtschaftlich angemessene Modell für Langzeit-Schadenprozesse ist die Finanzierung der künftigen Schadenerwartungen durch den Verursacher zum Zeitpunkt der Verursachung, sei es in Versicherungssystemen oder in anderen Systemen. Die Vorzüge eines solchen "Anwartschaftsdeckungsverfahrens" sind die sachlich, zeitlich und personell richtige Zuordnungen von Schäden auf die Verursacher bzw. auf die Anwender und Nutznießer der mit Langzeitrisiken behafteten Produkte und Produktionsverfahren. Die Schwierigkeiten des Verfahrens sind jedoch offensichtlich. Das Ausmaß heute verursachter, aber erst in Zukunft wirksamer Schäden ist häufig unbekannt, zumindest ungewiß, vor allem wenn das künftige Schadenpotential von änderbaren Rechtsvorschriften über die Schadenbewertung und Schadenzuordnung abhängt. Die Vorausfinanzierung von großen künftigen Schadenerwartungen führt zur Entstehung großer Mittelfonds, die dem Inflationsrisiko unterliegen und der Begehrlichkeit des Staates oder anderer Dritter ausgesetzt sind.

- 3 Ein anderes Finanzierungsmodell folgt der Idee des Generationsvertrags: Jede Generation von Wirtschaftsteilnehmern setzt Ursachen für Schäden einer späteren Generation, finanziert aber zum Ausgleich die von der vorausgegangenen Generation verursachten Langzeitschäden. Dieses Generationsmodell ist als ein systematisch eingesetztes Instrument der Schadenfinanzierung äußerst problematisch. Es setzt einen gesellschaftlichen Konsens unter den Generationen voraus, der nicht sichergestellt ist. Die jeweiligen Probleme der alten Last aus nicht erkannten Risiken und Schäden sind schwer lösbar. Eine Zurech-

...

nung der Schäden auf die Verursacher, die schadenmindernd wirkt, ist nicht möglich. Die generellen Schwierigkeiten des Generationenvertrages zur Finanzierung von ungewissen Mittelbedarfen zeigen sich an den aktuellen Problemen der gesetzlichen Altersversorgung.

- 4 Das Anwartschaftsdeckungsverfahren ist also marktwirtschaftlich und gesellschaftspolitisch zu bevorzugen; es setzt aber die Möglichkeit zur Bildung entsprechender Mittel in der Wirtschaft und bei den Versicherten voraus. Das Generationenmodell sollte nicht als systematischer Ansatz für die Lösung des Problems von Langzeitschäden gewählt werden; es wird jedoch zwangsläufig und ganz pragmatisch dort eingesetzt, wo langfristige Vorsorge nicht getroffen wurde oder werden konnte.

VII Kooperationen zwischen Wirtschaft und Versicherungswirtschaft zur Risiko- und Schadenforschung

- 1 In der Zukunft besteht eine wachsende Notwendigkeit, das Wissen über Risiken und Schäden zusammenzufassen. Dasselbe gilt für das Unwissen über Risiken und Schäden im Sinne von Forschungsnotwendigkeiten.
- 2 Risiken und Schäden auf der einen und die Sicherungsnotwendigkeiten auf der anderen Seite gehen von komplexen technischen, wirtschaftlichen und sozialen Prozessen aus. Die soziale Dimension von Risiko und Sicherheit ist bisher gegenüber der technisch-ökonomischen Dimension vernachlässigt worden.
- 3 Eine verstärkte Kooperation zwischen Wirtschaft und Versicherung ist notwendig, um einerseits die Risiko- und Schadenerfahrungen in Vergangenheit und Gegenwart zusammenzufassen, um andererseits die zukunftsbezogene Risiko- und Schadenforschung wirksamer zu gestalten. Die besten Schadenerfahrungen besitzen die Versicherten, die Risikoforschungspotentiale sind dagegen in der Wirtschaft, bei Versicherern und in der Wissenschaft dezentralisiert.

- 4 Es wird die Weiterentwicklung eines Risiko- und Schadenberatungsgewerbes erwartet, das insbesondere von der Versicherungswirtschaft, aber auch von anderen Institutionen, betrieben wird. Diese Tätigkeit ist deutlicher als bisher gegenüber der Versicherungstätigkeit, also der Risikoübernahme, abzugrenzen, d.h. sie besitzt eigene Ressourcen in Form von hochqualifiziertem Personal, bietet speziell Beratungsdienstleistungen und bezieht dafür spezielle Preise.
- 5 Das Wissen über Risiken und Schäden kann durch Entwicklung von Expertensystemen verbessert und nutzbar gemacht werden. Auch hier ist die Zusammenarbeit von Wirtschaft, Versicherungswirtschaft und Wissenschaft erforderlich.
- 6 Es erscheint möglich, die einzel- und privatwirtschaftlichen Möglichkeiten der Risiko- und Schadenforschung in ein gesamtgesellschaftliches System der Risiko- und Sicherheitsökonomie einzubringen, das von Produzenten, Konsumenten, Versicherungswirtschaft und Staat entwickelt und getragen wird. Die Realisierung eines solchen Gesamtsystems ist allerdings in der Marktwirtschaft schwierig und setzt möglicherweise deren Wirksamkeit herab.

VIII Konsumentenverhalten, Produkte, Vertriebswege

- 1 In den nächsten Jahren ist mit weiteren Änderungen des Konsumentenverhaltens zu rechnen, und zwar deutlich verschieden in den aufeinanderfolgenden Generationen. Die Konsumenten werden zunehmend aufgeklärt, entwickeln differenzierte Vorstellungen von den Preis-Leistungs-Relationen bei Waren und Dienstleistungen und richten ihr Nachfrage- und Einkaufsverhalten danach aus.
- 2 Bei Waren und Dienstleistungen ist eine Polarisierung der Produktgestaltung zu erwarten: problem- und servicelose versus beratungs- und servicebedürftige Produkte oder: Standardprodukte versus individuelle

Produkte. Dies gilt in besonderer Weise auch für Versicherungsprodukte, die mit ihren Standardformen kundenfreundlicher, verständlicher ausgestaltet werden.

- 3 Ähnliche Entwicklungstrends bei Versicherern, Banken, im Handel und in anderen Dienstleistungsbereichen sowie eine wachsende Verbundenheit unter einzelnen Dienstleistungsarten legen den Gedanken an einen Vertriebsverbund nahe. Die Veränderungen bei den von Konsumenten bevorzugten Formen des Handels überträgt sich auf die Vertriebsformen für Versicherungsschutz und Bankdienstleistungen. Der Wettbewerb der Vertriebsformen verstärkt sich, wenn durch die Entwicklung von Bevölkerung und Haushalten die Zahl der Nachfrager oder die Umsätze stagnieren. Eine Auslastung aller Vertriebskapazitäten an allen dezentralen Standorten ist nicht sichergestellt.
- 4 Die Bedeutung des Einkaufs von Waren und Dienstleistungen über elektronische Medien per Telekommunikation ist nicht sicher vorhersehbar. Zweifellos wird sie zunehmen, jedoch sind die über "Teleeinkauf" erreichbaren Umsätze bzw. die ihnen entsprechenden Marktanteile schwer abschätzbar. Die Nutzung der Telekommunikation für Beschaffungsvorgänge oder andere geschäftliche Aktivitäten hängt wesentlich von der Akzeptanz dieses Instruments in den Generationen ab. Zunehmende Anwendung elektronischer Medien in Schulen und bei der Erwerbstätigkeit der Bevölkerung fördern die Akzeptanz.

IX Verhältnis Banken und Versicherungsunternehmen

Die bisher weitgehend getrennten Geschäftsfelder von Banken und Versicherungsunternehmen weisen zunehmend mehr Berührungspunkte auf, werden möglicherweise allmählich von einem Gesamtgeschäftsfeld "Finanz- und Versicherungsdienstleistungen" abgelöst. Das zukünftige Verhältnis zwischen Banken und Versicherungsunternehmen kann nach

drei Modellen gestaltet werden:

- Rückkehr zur faktischen Arbeitstellung in der bisherigen Weise,
- Kooperationslösungen,
- Auseinandersetzung im Wettbewerb um die gemeinsamen Kunden.

- 2 Die höchste Wahrscheinlichkeit wird der Kooperationslösung eingeräumt, nicht zuletzt im Zusammenhang mit dem Vertriebsverbund für Bank- und Versicherungsprodukte. Gute Anknüpfungspunkte bestehen vor allem bei den Vorsorge- und Kapitalbildungsprozessen für Zwecke der Versorgung im Alter und bei Pflegebedürftigkeit sowie bei der Finanzierung von Investitionen und von Wohnungsbauten.
- 3 Ein Zusammenwachsen der Geschäftsfelder von Banken und Versicherungsunternehmen ist wirtschaftlich nicht unproblematisch, wenn dadurch der Monopolisierungsgrad auf bestimmten Finanzmärkten zunimmt.

X Änderungen der Sicherungsphilosophie?

- 1 Die Ansprüche der Bürger an ihre wirtschaftliche und soziale Sicherheit sind bis heute ständig gewachsen und werden auch in Zukunft weiter ansteigen. Dies ist die Folge eines Prozesses der Gewöhnung an ein hohes Sicherheitsniveau durch umfangreiche Sicherheitssysteme im technischen Bereich (z.B. technische Sicherheitsvorschriften), in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht (Sozialversicherung, Privatversicherung), in rechtlicher Hinsicht (Verbraucherschutz), letztlich auch in politischer Hinsicht (40 Jahre ohne kriegerische Ereignisse). Auch der erreichte Wohlstand hat die Risikobereitschaft gemindert, Sicherheitsansprüche erhöht.
- 2 Die Folge dieses hohen Sicherheitsbedarfs kann als "Vollkaskotalität" beschrieben werden, also dem Streben nach Schadendeckung und Mittelbereitstellung für alle Wechselfälle der physischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Existenz der Bürger.

- 3 Diese "Vollkaskomentalität" widerspricht dem marktwirtschaftlichen Prinzip in schwerwiegender Weise. Marktwirtschaft bedeutet Selbstbestimmung, Eigenverantwortlichkeit, Risikotragung mit entsprechender Chanceneröffnung, Freiheiten, Entwicklungsmöglichkeiten, Selbstverwirklichung. Im System der sozialen Marktwirtschaft hat die soziale Komponente die marktwirtschaftliche Komponente eingeholt und überholt. Durch die "Vollkaskomentalität" wird das Wirtschaftssubjekt gehindert, Erfahrungen mit Risiken und Schäden zu machen, was notwendige Voraussetzung für marktwirtschaftlich zweckmäßiges Verhalten ist.
- 4 In den nächsten Jahrzehnten ist im Interesse der Erhaltung der Marktwirtschaft eine allmähliche Änderung der Einstellungen zu Risiko und Sicherheit erforderlich. Eine entsprechende Kampagne ist von allen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Gruppen sowie vom Staat zu fordern und zu fördern. Sie wird auf den Widerstand der Inhaber von Interessen und Besitzständen stoßen, die aus entsprechenden Sicherheitssystemen Vorteile beziehen, insbesondere durch Einkommens- und Vermögensumverteilungen.
- 5 Die Hervorbringung marktwirtschaftlich erwünschter Einstellungen gegenüber Risiko und Sicherheit wird durch vielfältige Irrationalitäten des menschlichen Risikoverhaltens behindert. Als Beispiel dient die außergewöhnliche Gefährdung der Region von San Francisco durch Erdbeben, die jedoch keineswegs die Agglomeration von Menschen und Sachen in dieser Region verhindert. Offenbar sind Risiko- und Sicherheitsüberlegungen nur einer von vielen Faktoren menschlicher Entscheidungen. Deshalb bedarf es weiterer Aufklärung über rationales Verhalten in Risikosituationen.
- 6 Eine marktwirtschaftlich zweckmäßige Stufung von Sicherheitssystemen ist folgende:
 - (1) Im Rahmen ihrer Fähigkeiten tragen die Wirtschaftssubjekte Risiken und (kleine) Schäden selbst.

(2) Privatwirtschaftliche Sicherheits- und Versicherungssysteme sind für die mittleren und größeren Risiken zuständig.

(3) Staatliche Sicherheits- und Versicherungssysteme sind nur subsidiär zweckmäßig, wenn privatwirtschaftliche Lösungen nicht zustande kommen.

(4) Der Staat selbst haftet (mehr oder weniger zwangsläufig) unmittelbar für unbekannte und Superrisiken, indem er die Fortführung der menschlichen Existenzen organisiert; die Mittel beschafft er sich durch Rückgriff auf den Steuerbürger.

7 Die Entwicklungen sind bis heute diesem Modell entgegengesetzt. Perfekte oder perfektionierte Abdeckung von Detailrisiken, insbesondere durch Finanzierung von häufigen kleinen und mittleren Schäden durch Versicherungssysteme, stehen einer gewissen Hilflosigkeit im Hinblick auf Großschadenpotentiale gegenüber. Freilich ist die sicherheitstechnische Perfektion im Detail auch geeignet, Großschadenpotentiale zu mindern, etwa bei der sicherheitstechnischen Perfektion in der Atomindustrie.

Diese umgekehrte Sicherheitspyramide ist möglicherweise einer der Gründe für Fortschritts- und Technikfeindlichkeit, weil Fortschritt und Technik häufig risikobehaftet sind.

8 Für die Zukunft kann man zweifellos von der These ausgehen, daß Schadenpotentiale von einer bestimmten Größenordnung an nicht mehr ohne weiteres privat- und marktwirtschaftlich zu finanzieren sind. Im Interesse der Marktwirtschaft und der daran beteiligten Wirtschaftssubjekte muß durch gemeinsame Anstrengungen diese Grenze weiter nach außen geschoben werden.

ANHANG

Teilnehmer

R. v. Bennigsen-Foerder	VEBA AG Düsseldorf
Dr. G. Beuck	HERMES Kreditversicherungs-AG Hamburg
Dr. A. Biagosch	COLONIA Versicherung Aktiengesellschaft Köln
Dr. M. Bierich	Robert Bosch GmbH Stuttgart
B. Breuel	Niedersächsisches Ministerium für Wirtschaft und Verkehr Hannover
Prof. Dr. D. Farny	Institut für Versicherungswissenschaft an der Universität zu Köln Köln
Dr. O. Giarini	Association Internationale pour l'Etude de l'Economie de L'Assurance Genf
Prof. Dr. M. Haller	Institut für Versicherungswirtschaft an der Hochschule St. Gallen St. Gallen
Dr. J. Hübener	Hamburger Gesellschaft zur Förderung des Versicherungswesens mbH Hamburg
Dr. A. Kann	FRANKONA Rückversicherungs- Aktien-Gesellschaft München
Dr. H. Krämer	Nordwestdeutsche Kraftwerke AG Hamburg
F. Krause-Brewer	Zweites Deutsches Fernsehen Bonn

E. Lahno	Jauch & Hübener Mülheim a.d. Ruhr
W. Meyer-Kahlen	Thyssen Versicherungsdienst GmbH Industrieversicherungsvermittlung Düsseldorf
Dr. M. Miegel	Institut für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik e.V. Wissenschaftszentrum Bonn
Dr. W. Müller	Allianz Versicherungs-Aktiengesellschaft München
Dr. M. Muth	McKinsey & Company, Inc. München
Dr. J. Odewald	Kaufhof AG Köln
Dr. G. Schmidt	VICTORIA Feuer-Versicherungs- Aktien-Gesellschaft Düsseldorf
Dr. U. Weiss	Deutsche Bank Aktiengesellschaft Frankfurt
D. Wendelstadt	COLONIA Versicherung Aktiengesellschaft Köln
Prof. Dr. M. Werber	Seminar für Versicherungswissenschaft der Universität Hamburg Hamburg
Prof. Dr. G. Wilke	Max-Planck-Institut für Kohleforschung Mülheim a.d. Ruhr





HAMBURGER GESELLSCHAFT ZUR FÖRDERUNG DES VERSICHERUNGSWESENS MBH, HAMBURG

Die im Jahre 1982 gegründete Gesellschaft hat zum Ziel, das Versicherungswesen durch Vergabe von Untersuchungen und Gutachten sowie durch Unterstützung von wissenschaftlichen Forschungsaufträgen zu fördern.

Bei ihrer Arbeit wird die Gesellschaft durch einen Beirat aus Versicherungswirtschaft, Dienstleistung und Industrie sowie Wissenschaft unterstützt, der die Vergabe der nicht interessengebundenen Aufträge lenkt und überwacht.

Die Ergebnisse der Untersuchungen und Forschungsaufträge stehen allen interessierten Kreisen zur Verfügung. Veröffentlicht werden sie unter anderem im Rahmen einer eigenständigen Publikationsreihe.

Das Stammkapital der mit 1 Mio DM ausgestatteten Gesellschaft liegt bei der Jauch & Hübener Gruppe. Die Gesellschaft strebt für sich selbst keinen Gewinn an.